Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 45,— Mk. Durch die Post monatl. 45,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, einschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 3 Mark | **Freitag, den 4. August 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 180**

Die bayrische Antwort

Lerchenfeld verlangt gesetzlichen Schutz der monarchistischen Gegenrevolution

(WTB.) **Berlin**, 3. August.

Der bayrische Gesandte von Preger hat heute mittag um 12 Uhr dem Reichspräsidenten folgende Note der bayrischen Regierung übergeben:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Euer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 27. Juli 1922 legt eine Verständigung über die schnelle Beilegung des Streitfalles zwischen dem Reiche und Bayern aus Anlaß der gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Staatsverfassung an. Zum Wohle unseres deutschen Volkes und Landes wünschen Sie die Aufhebung der bayrischen Verordnung vom 24. Juli 1922 auf Grund des Art. 48, Abs. 4, Satz 2, der Reichsverfassung vermieden zu sehen.

Für diese aus staatsmännischen Erwägungen entspringende Auffassung weiß Ihnen die bayrische Regierung aufrichtigen Dank, denn auch sie erblickt in der Ausschaltung des Zwanges die einzige Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schlichten.

Wenn das Schreiben vom 27. Juli 1922 den Standpunkt vertritt, **daß die bayrische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entbehre, so vermag ich dem nicht beizupflichten.** Ich muß mir an dieser Stelle verfassungsrechtliche Ausführungen versagen, um so mehr, **als eine bloß formalrechtliche Entscheidung keine Lösung einer Frage bringen könnte, deren wesentliche Bedeutung auf politischem Gebiet liegt.**

Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die bayrische Regierung als die verantwortliche Hüterin der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebiets durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Hoheitsrechte durch die neuen Gesetze beeinträchtigt worden. Diese Notlage ergibt sich aber auch aus der tiefgehenden Erregung weitester, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayrischen Volkes über den Vollzug dieser Gesetze, einer Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayrischen Gebieten in Süd und Nord wie aus der Pfalz Ausdruck findet. Sollte die Verordnung, sei es schlechthin beseitigt, sei es durch eine unbefriedigende, den Keim neuer Verwicklungen bergende Regelung ersetzt werden, **so würde in ganz Bayern ein Zustand der Beunruhigung eintreten,** für den die bayrische Regierung auch vom Standpunkte des Reichswohls die Verantwortung nicht übernehmen könnte.

Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage vom Standpunkt der politischen Betrachtung, daß **eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unseren Staatsnotwendigkeiten entspricht.** Hierzu die Hand zu bieten, ist die bayrische Regierung jederzeit bereit; sie hat den dringenden Wunsch, über die Beteiligung des jetzigen Falles hinaus, die Wurzel künftiger Konflikte zu beseitigen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Die Stimmung des bayrischen Volkes wird hauptsächlich von der Besorgnis geleitet, die Weimarer Verfassung könnte so ausgelegt werden, als ermögliche sie die schrittweise Beseitigung der Hoheitsrechte, ja der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, sehr verehrter Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München, wie auch in Ihrem Schreiben den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausgesprochen. Das bayrische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß sich mit Ihrer tatkräftigen Hilfe ein Weg finden möge, um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft zu erhalten, und zwar durch **Vorschriften, die eine dauernde Bürgschaft dafür böten, daß Hoheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt werden könnten.**

Zum Schlusse darf ich der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade die Not der Gegenwart und des staatlichen Lebens gebieterisch dazu führen sollten, das ganze deutsche Volk in seinen einzelstaatlichen Gruppen und aus eigener Gesinnung heraus zu freudiger Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen. Regierung und Volk in Bayern sind auch ihrerseits ernstlich gewillt, das Deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit außenpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht ist.

Mit der Versicherung, meiner ausgezeichneten Hochschätzung bin ich

Ihr sehr ergebener

gez. Hugo Graf Lerchenfeld.

Anmerkung: Wie wir hören, wird voraussichtlich der Reichspräsident im Einvernehmen mit dem Reichskanzler den bayrischen Ministerpräsidenten bitten, alsbald zu Verhandlungen nach Berlin zu kommen.

*

Diese Antwort ist so, wie sie sein mußte: eine schallende Ohrfeige für die Reichsregierung, die Quittung für ihr fortwährendes Zurückweichen vor der Reaktion. Und was tut die Regierung nun? Sie wird nicht etwa jetzt die Aufhebung der Verordnung durch den Reichspräsidenten veranlassen, sondern sie wird den verfassungsbrüchigen bayrischen Ministerpräsidenten — zu Verhandlungen nach Berlin einladen. Und sie erklärt auch schon, daß sie bereit ist, die von Bayern gewünschten Sicherungen zu gewähren, d. h. den Paragraphen der alten Reichsverfassung, der gesetzliche Maßnahmen, die die Hoheitsrechte der Länder berühren, von der Zustimmung der betreffenden Landesregierung abhängig macht, wieder einzuführen. Damit wird allen Versuchen, auf gesetzlichem Wege der bayrischen Reaktion Abbruch zu tun, ein für allemal der Riegel vorgeschoben werden.

Die bayrische Reaktion hat alles erreicht, was sie erreichen wollte. Sie hat ihre verfassungswidrige Verordnung, die jede beliebige Knebelung der Arbeiterschaft ermöglicht, und sie bekommt die längst gewünschten Garantien gegen irgendwelche Eingriffe der Reichsgesetzgebung in Bayern. Die Reichsregierung mag sich aber gesagt sein lassen, daß diese Garantien dann auch für die Länder mit sozialistischen Regierungen gelten werden. Die Arbeiterschaft darf sich allerdings keinen Illusionen darüber hingeben, daß, wo es sich um Vorstöße der Arbeiterschaft handelt, die Reichsregierung sich ebenso über diese Garantien hinwegsetzen wird, wie sie sich jetzt zugunsten Lerchenfelds und Ludendorffs über die Verfassung hingewegsetzt.

Die Politik der sozialdemokratischen Führer in der Rathenaukrise zeitigt herrliche Früchte. Ihr einziger „Erfolg", das Schutzgesetz, wird von dem zweitgrößten deutschen Bundesstaat annulliert, seine praktische Bedeutung damit auf Null herabgesetzt. Aber die Herrschaften regen und rühren sich weiterhin nicht, sie warten in „ruhiger Entschlossenheit", bis der bayrische Löwe mit seiner Pranke die Republik zerschlagen hat.

*

Lerchenfeld am Sonnabend in Berlin

(WTB.) **Berlin**, 3. August.

Wie wir hören, wird der bayrische Ministerpräsident, Graf Lerchenfeld, der vom Reichspräsidenten im Einvernehmen mit dem Reichskanzler eingeladen wurde, nach Berlin zu kommen, um **in Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten, am Sonnabend in Berlin eintreffen.** Der Reichskanzler hat die Reichsminister Geßler und Fehr, die zurzeit ihren Urlaub in der bayrischen Heimat verbringen, gebeten, an den Verhandlungen in Berlin teilzunehmen. Vor ihrer Reise nach Berlin werden die beiden Reichsminister Gelegenheit nehmen, den Grafen Lerchenfeld zu besuchen.

*

Die Deutschnationalen besetzen das bayrische Justizministerium

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 4. August.

Wie der „Vorwärts" meldet, wird heute vormittag die Reichsregierung zu einer Kabinettssitzung zusammentreten.

Die „B. Z." erfährt aus München, daß die Koalitionsverhandlungen gestern abend beendet worden sind. Die Mittelpartei wird das Justizministerium besetzen. Das Handelsministerium besetzt die Bayrische Volkspartei.

*

Die Monarchisten bestätigen sich ihre Verfassungsmäßigkeit

(WTB.) **München**, 4. August.

Wie der „Bayrische Kurier" hört, hat das bayrische oberste Landesgericht anläßlich der Beschwerde im Nürnberger Falle die Verfassungsmäßigkeit und Rechtsgültigkeit der bayrischen Verordnung zum Schutz der Republik vom 24. Juli bestätigt.

*

Der Reichstag drückt beide Augen zu!

(WTB.) **Berlin**, 4. August.

Auf Grund der Besprechungen der Parteiführer beim Reichskanzler sind die maßgebenden Stellen zu der Ueberzeugung gekommen, daß es gegenwärtig nicht nötig ist, den Reichstag einzuberufen. Auch eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses komme zurzeit nicht in Frage.

Bis auf 880!

Markkurs und Millionengewinne

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 4. August.

Die Mark kursierte gestern in Amerika 748, während sie in Berlin bis auf 880 ging. Diese Differenzen ermöglichen den Kapitalisten wieder Gewinne in Höhe von Millionen, während die Wirtschaft selbst durch derartige Schwankungen vollständig ruiniert wird.

Neuer Unternehmerangriff!

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 4. August.

Ein neuer Willkürakt des Unternehmerterrors ereignete sich gestern in den Borsig-Werken. Nachdem die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hatten, da die Forderungen der Maschinisten und Heizer bewilligt wurden, wurde den Maschinisten und Heizern ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, wonach sie sich verpflichten sollten, in Zukunft auf alle Rechte, die ihnen während ihres Dienstverhältnisses zustehen, zu verzichten. Da dies die Arbeiter ablehnten, setzte die Aussperrung von neuem ein.

Die Arbeiter-Internationale ergreift das Wort

Von Karl Radek (Moskau).

Nach den Anklagereden der Vertreter des Arbeiter- und Bauernrußlands ergriffen das Wort zur Anklage die Vertreter der Kommunistischen Internationale.

Klara Zetkin klagte die SR. des Verrats an der Weltrevolution an. Klara Zetkin ist die Hüterin der revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung. Sie trat in die Bewegung ein, als die deutschen Arbeiter durch das Bismarcksche Ausnahmegesetz an Händen und Füßen gefesselt waren, als die französischen Arbeiter die noch frische Erinnerung des Zusammenbruchs der Kommune, dieses ruhmreichen Aufstandes des Pariser Proletariats, niederdrückte. Klara Zetkin war die Schülerin von Marx und Engels. Sie lernte den Sozialismus in jenen Mauern kennen, vor denen die Kommunarden erschossen wurden, wohin an jedem Jahrestage der Kommune damals noch kleine Arbeitergruppen pilgerten. Sie lernte den Sozialismus kennen in dem illegalen Leben, das die deutsche Sozialdemokratie, verfolgt vom „eisernen" Kanzler, führen mußte. Sie lernte den Sozialismus unter russischen Revolutionären kennen, denen ihr Mann angehörte. Und allem, was sie sich zu jener Zeit aneignete, blieb sie auch während ihres ganzen Lebens treu. Von Stadt zu Stadt, von Fabrik zu Fabrik wanderte diese ungewöhnliche Frauengestalt während mehrerer Jahrzehnte, forderte sie die Arbeiter zum Kampf auf und lehrte sie, wie sie kämpfen müssen. Und keinen ihrer Lehrer, außer Bebel, verehrten die deutschen Proletarier so sehr, wie Klara Zetkin. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin mußte aus jedem ihrer Worte herausfühlen, nicht nur die tiefe Bildung der Kämpferin, sondern auch die tiefe Ueberzeugung, für die die Genossin Zetkin täglich zu sterben bereit war, und die innige Liebe zu den Ausgebeuteten und Unterdrückten. „Außer mir," sagte der alte Bebel, „sind nur zwei Männer in der Partei: Rosa Luxemburg und Klara Zetkin".

Und es kam die Zeit der Prüfung. Der Kanonendonner ertönte und erschrocken liefen die Sozialdemokraten auseinander. Während der Jahre dieses Verrates bewies Klara Zetkin, wie recht Bebel hatte. Seit dem ersten Tage der Weltrevolution stand sie in Reih und Glied mit denjenigen Revolutionären, die einen schonungslosen Kampf gegen den großen Verrat der 2. Internationale eingeleitet hatten und die Arbeiter zum Kampf für die Weltrevolution gegen den Weltkrieg sammelten. Wer sich noch erinnert, wie zu Ostern 1915 Klara Zetkin zur ersten Internationalen Konferenz für den Kampf gegen den Krieg in Bern ankam, und wie sie auf der Abschiedsversammlung der zur illegalen Arbeit abreisenden Genossen die „Internationale" sang, wer sich erinnert, wie sich aus ihrer alternden Stimme und ihren grauen Haaren ein Strahl des echten Glaubens über alle Teilnehmer verbreitete, wird nie vergessen, was Klara Zetkin für das internationale Proletariat bedeutet. Für diese Arbeit mußte sie mit Kerker zahlen. Es schüchterte sie auch der Tod Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs nicht ein, die von den Händen derselben Scheidemänner fielen, die jetzt mit so scheinheiliger Miene gegen die Verurteilung der SR. protestieren. Während der ersten Periode der Revolution war Klara Zetkin die leuchtende Fackel am Wege des Proletariats — nicht nur des deutschen Proletariats — zum Kampfe, zum Siege.

Und im Namen der revolutionären Vergangenheit des Proletariats, im Namen seiner schweren Kämpfe für die Befreiung, im Namen der Zukunft der Arbeiterschaft, beschuldigt Klara Zetkin die SR.-Partei des Verrates an der Weltrevolution!

Die russische Revolution ist die erste Siegesstation des Weltproletariats. Sowjet-Rußland ist die Festung der Weltrevolution. Wer seine Hände gegen Sowjet-Rußland erhebt, der erhebt sie gegen die internationale Arbeiterklasse und muß untergehen.

Auch Muna warf ihnen ihre Schuld vor. Und er hatte das volle Recht dazu. Der in Kriegsgefangenschaft geratene tschechische Arbeiter Muna hat es begriffen, daß es seine Pflicht ist, in Reih und Glied mit der russischen Arbeiterklasse für die Sowjetmacht zu kämpfen. Und als sich gegen die Sowjetmacht, die von der französischen Regierung bezahlten tschechoslowakischen Legionäre, diese Vortruppen der russischen Gegenrevolution, diese Hauptstütze des SR.-Direktoriums in Samara, erhoben, hat Muna gegen sie an der Front gekämpft für die Weltrevolution. Und als der Kampf für die Revolution in seinem Vaterland begann, eilte er zu den tschechoslowakischen Arbeitern, die damals vom nationalistischen Rummel mitgerissen wurden.

Die tschechischen Sozialdemokraten, die jetzt gegen die Verurteilung der SR. protestieren, haben ihn auf den Arbeiterversammlungen öfters überfallen und arg mißhandelt. Sie nannten ihn einen bezahlten Agenten der Sowjetregierung und warfen ihn für die Unterstützung der ungarischen Sowjetmacht in den Kerker. Muna aber verzweifelte nicht. Seine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220804-14/fragment/page=0001

Arbeit bringt mit jedem Tage neue Früchte. Und als Millionen tschechischer Arbeiter auf die freche Provokation der tschechoslowakischen Regierung mit dem Streik antworteten, wirft ihn die tschechoslowakische Regierung zum zweitenmal in den Kerker. Aber vergebens. Die Arbeit Munas und seiner Genossen wurde mit Erfolg gekrönt. **Die große Mehrheit der tschechoslowakischen Arbeiter verließ die verräterische Sozialdemokratie, schuf die Kommunistische Partei, und heute ist Muna Führer einer der größten Arbeiterparteien der Welt, einer Partei, die in einem Lande mit 3 Millionen Proletariern 300 000 Mitglieder zählt.**

Im Namen der Arbeiter wirft er den SR. vor, daß sie die tschechischen Arbeiterlegionäre korrumpiert und ihnen gegen die Arbeitermacht Waffen in die Hände gegeben haben, indem sie die Ziele des Ententekapitals mit der Fahne des Sozialismus und der Revolution verhüllten.

Auch der Führer der ungarischen Arbeiter, Bokányi, klagte sie an. Der Auftritt dieses Lieblings der ungarischen Proletarier beleuchtete blitzartig den ganzen historischen Sinn des SR.-Prozesses. Dreißig Jahre lang kämpfte Bokányi unter den ungarischen Arbeitern gegen die ungarischen Gutsbesitzer und Kapitalisten. Er blieb inmitten der korrupten, opportunistischen ungarischen Sozialdemokratie der Hüter des revolutionären Geistes des Proletariats. Als das ungarische Proletariat sich gegen die ganze kapitalistische Welt erhob und seine Diktatur proklamierte, wurde Bokányi auf den Posten eines Volkskommissars Sowjet-Ungarns gestellt. Und nach der Niederlage, als die Kommunistische Partei wieder durch die Sozialdemokraten abgelöst wurde, die lautlos vor den Weißgardisten kapitulierten, verließ er das Proletariat nicht. **In die Kerker des ungarischen Weißen Terrors geworfen, drohte Bokányi der Tod, ähnlich wie jenen Hunderten von ungarischen Arbeitern, die vor den Augen des zivilisierten Europas durch die weißen Henker ohne Urteil ermordet wurden.**

„Damals kam uns Vandervelde nicht zu Hilfe," sagt Bokányi den SR. ins Gesicht. Vor dem Gericht der ungarischen Henker sah Bokányi ruhig dem Tode entgegen und bekannte sich stolz erhobenen Hauptes zur Weltrevolution. An dem Tage, als er zum Tode verurteilt wurde, war in allen Fabriken von Budapest nichts anderes zu hören als: **„Es lebe der Führer der Revolution! Es lebe Bokányi!"**

Durch die helfende Hand der Sowjetmacht aus der Höhle der ungarischen Gegenrevolution gerettet, erscheint Bokányi vor Gericht, entfaltet das Bild der Folgeerscheinungen des Sturzes der ungarischen Sowjetmacht und fragt die SR.: „Begreift Ihr denn nicht, daß, wenn es Euch gelungen wäre, die Sowjetmacht zu besiegen, Ihr durch eine einzige Bewegung von den Weißgardisten niedergetreten worden wäret, die die schonungslose Diktatur der Gegenrevolution eingeführt hätten?"

Die SR. aber haben das nicht begriffen, weil sie es nicht begreifen wollten. Die Aufrichtigeren unter ihnen ziehen die Diktatur des Kapitals und des Großgrundbesitzes der proletarischen Diktatur vor. Senfinow sagt: „Ja, wenn Kolтschak siegt, würde ich es ihm verzeihen, wie er mit uns SR. umging." **Im Namen der ungarischen Proletarier, die alle Schwierigkeiten und Mühen des revolutionären Kampfes durchgemacht haben, die unter dem Joche der weißen Diktatur ihre blutenden Hände zu uns erheben und schwören, daß sie den Kampf fortsetzen werden, bis in Budapest wieder die rote Fahne des Kommunismus gehißt wird — im Namen dieses Proletariats fordert Bokányi von den SR. eine Antwort für alle ihre Verbrechen gegen die proletarische Revolution. In ihrer Person beschuldigt er diejenigen, die das ungarische Proletariat verraten haben.**

Die Anklagereden der Vertreter der Kommunistischen Internationale waren die Stimme des internationalen Proletariats, das die Bestrafung der SR. fordert. Sie dürfen sich nicht damit trösten, daß die Kommunistische Internationale noch nicht die Mehrheit der Arbeiter hinter sich hat. Ja, sie hat die Mehrheit der Arbeiter noch nicht hinter sich. Aber, als Karl Marx im Jahre 1847 den großen Ruf erschallen ließ: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! hatte er nur ein kleines Häuflein revolutionärer Arbeiter hinter sich. Er hatte aber doch das Recht, im Namen des gesamten Weltproletariats zu sprechen, da er ja seine Interessen, seine Zukunft vertrat. Millionen Arbeiter gehen noch zusammen mit den Verrätern, Millionen von Arbeitern trauen sich noch nicht, den Kampf auf Leben und Tod mit dem Kapital zu beginnen. Sie sind noch stumme Sklaven der Bourgeoisie. Und nur deshalb können Vandervelde und Henderson, Renaudel und Scheidemann in ihrem Namen die SR. noch verteidigen. Diejenigen Proletarier, die während des Krieges gegen den Zusammenbruch der Internationale kämpften, jene Proletarier, die für ihre Wiederherstellung in den Kerkern schmachteten, jene Proletarier, die für die proletarische Revolution ihr Blut vergossen und in allen Ländern der Welt — von der deutschen Republik, wo Noske 20 000 Arbeiter erschlagen ließ, bis zu den Arbeitern der südafrikanischen Goldgruben, die das englische Kapital, der Gönner Hendersons, erschießen ließ — **alles Lebendige des internationalen Proletariats, jedes Element, das die Zukunft des Proletariats vertritt, ist in diesem Kampfe gegen die SR.-Partei hinter uns.**

Im Namen der Kommunistischen Internationale, das ist im Namen der Zukunft des internationalen Proletariats, forderten die Genossin Zetkin und die Genossen Muna und Bokányi ein schonungsloses Urteil über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der SR.-Partei.

*

Die Geldquellen der Sozialrevolutionäre

Die Konterrevolution bezahlt die SR.

In der „Prawda" berichtet Genosse Radek über die vorläufigen Feststellungen aus einem Archiv einer Pariser Geheimorganisation der Sozialrevolutionäre, das der Sowjetregierung in die Hand gefallen ist. Es ist das ein Archiv des sogenannten Administrationszentrums, dessen leitende Mitglieder Kerenski, Adsjentjew, Senfinow, Bruschwit, Tschernow, Machin und andere angesehene SR. bilden. Die vorläufige Untersuchung des Materials ergab, daß es sich um die Parteitätigkeit der SR. während des Jahres 1921 handelt. Die letzten Schriftstücke tragen das Datum des 21. Dezember. Lückenlos wird die konterrevolutionäre Tätigkeit der SR. mit Dokumenten, Protokollen, Briefen und anderem Material widergespiegelt. Die Veröffentlichung, **die bevorsteht, wird die letzten Nägel zum Sarge dieser schändlichen Partei des Hochverrats an der proletarischen Revolution bilden.** Vor allem werden dokumentarisch die Geldunterstützungen der SR. in den letzten Jahren durch die Tschechoslowaken, **die französische Regierung und die russischen Weißgardisten** nachgewiesen. Das Mitglied der ausländischen Delegation der SR., Senfinow, schreibt in einem Briefe vom 3. Dezember an das Mitglied des Administrationszentrums, Rogowski, über ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Minister des Aeußern, Benesch: **Ich erörterte unsere Möglichkeiten, unsere tatsächliche Lage. Wir halten, antwortete Benesch, Eure Arbeit für nützlich und notwendig wie für Rußland, so auch für uns. Wir werden es nicht dazu kommen lassen, daß Ihr Eure Arbeit einstellen müßt.**

Vom Januar werdet Ihr wöchentlich 50 000 Tsch. Kr. bekommen.

Ich — Benesch — werde persönlich bestrebt sein, diese Summe auf 80 000 bis 85 000 zu vergrößern. Am 21. Dezember schreibt Senfinow an Rogowski: **„Vor 3 bis 4 Tagen erhielt ich 80 000 Tsch. Kr. ohne irgendwelche Aufforderung unsererseits."**

In einer Sitzung am 27. April entschied das Administrationszentrum, die Arbeit einer Sonderabteilung aus Geldmangel einzuschränken, **„wenn die Franzosen nicht antworten", was ein Beweis dafür ist, daß die Organisation bisher von der französischen Regierung Gelder erhalten hat.**

Die dritte Geldquelle war der frühere Gesandte Rußlands, Bachmetjew, in dessen Händen sich bis zum heutigen Tage bemerkenswerte Summen befinden. **Am 12. April sendet Kerenski** an Bachmetjew chiffrierte Telegramme durch die tschechoslowakische Botschaft in Paris: **„Erhielt aus Rußland Bitte äußerster Anstrengung Kräfte. Ihre Sendung erwies sich als wirkliche Hilfe. Die Hilfe schleunigst fortzusetzen ist notwendig."** In einem Briefe vom 13. März meldet Senfinow an Kerenski: **„Gestern erhielten wir Ihre Transferung auf Paris von 50 000 Fr. und von Bachmetjew telegraphisch 25 000 Dollar."**

Die vierte Geldquelle war der Weißgardistengeneral Bitscherachow.

Die Sozialrevolutionäre erhielten von ihm in den Jahren 1918 bis 1919 20 000 Fr. und im Jahre 1920 mehrere hundert Pfund Sterling.

Aus welchen Quellen diese Gelder stammten, ist in einem Briefe nachzulesen: **„Die Mittel, die sich bei Bitscherachow befinden, kommen aus zwei Quellen: Nach der Evakuierung der persischen Front durch die Bolschewiken organisierte Bitscherachow Partisanenbetachements. Er erhielt dafür von den Engländern monatlich eine gewisse Summe. Außerdem befanden sich bei ihm Gelder aus den nach dem Aufstand und Sturz der Sowjetmacht in Baku und Petrowsk in seine Hände geratenen Summen."**

Die fünfte Quelle waren die russischen Kapitalisten Senfinow schreibt zur Zeit des Kronstädter Aufstandes an die Administrationszentrale: **Für Beschaffung von Nahrungsmitteln für Kronstadt „ist es notwendig, ungefähr 6 Mill. Tsch. Kr. zu sichern. In Prag ist es leichter, zu erfahren, wo diese Garantien zu finden sind. Es kann möglich sein, bei den russischen Banken und Industriellen, bei Donissow, die nach den „Poslednije Nowosti" und „Obschtscheje Djelo" geneigt sind, Kronstadt zu unterstützen."**

Der Lokalanzeiger darf wieder erscheinen

Die kommunistischen Zeitungen in Bayern bleiben verboten

TU. **Berlin**, 3. August.

Wie die TU. erfährt, ist auf Grund von Verhandlungen zwischen dem Verlage Scherl und der Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeigers" einerseits und dem preußischen Minister des Innern, Severing, andererseits, das Verbot des „Berliner Lokal-Anzeigers" mit Wirkung vom kommenden Sonntag aufgehoben worden. Als erste Nummer nach dem Verbot wird die Sonntagsnummer des „Lokal-Anzeigers" erscheinen.

*

Der Herr Minister und Sozialdemokrat Severing gib also den „Lokal-Anzeiger" frei. Am Sonntag darf das Blatt wieder erscheinen. Aus den drei Wochen sind glücklich drei Tage geworden. Und gestern noch schrieb das Parteiorgan desselben Herrn Ministers, die Frankfurter „Volksstimme": „Wir erwarten von dem preußischen Minister des Innern, daß das Verbot aufrecht erhalten bleibt." Herr Severing hat auch wie bisher das Vertrauen seiner Parteigenossen gerechtfertigt — und das Verbot aufgehoben. Es bleibt nur noch übrig, daß Herr Severing sich rehabilitiert und sein strenges Regiment beweist: Kommunistische Zeitungen gibt es in Preußen genug.

Die USPD. verkrümelt sich

(Eigene Drahtmeldung.)

Frankfurt a. M., 3. August.

Der unabhängige badische Landtagsabgeordnete von Unger wird nach einer Meldung des „Volksfreund" zur Kommunistischen Partei Deutschlands übertreten, während der Abgeordnete Freihof bei der bevorstehenden Einigung zur SPD. übergeht. Die unabhängige Landtagsfraktion hört auf zu existieren.

Poincarés Reparationsplan

Erfassung der deutschen Sachwerte durch den Ententeimperialismus

WTB. **Paris**, 3. August.

„Petit Parisien" berichtet über den französischen Reparationsplan, derselbe enthalte zwei Teile:

1. Definitive Festsetzung der deutschen Schuld, die verknüpft werden solle mit einer eventuellen Regelung der interalliierten Schulden.

2. Die Kontrollmaßnahmen. — Die deutsche Schuld, wie sie am 5. Mai 1921 festgesetzt worden sei, werde in zwei Abschnitte geteilt.

Der erste Teil bestehe aus dem Betrag der Obligationen der Serien A und B, betrage also 50 Milliarden Goldmark;

der zweite bestehe aus den Obligationen der Serie C, er erreiche also die Summe von 70 bis 85 Milliarden Goldmark.

Der erste Teil soll für realisierbar erklärt werden, vom zweiten Teil sollten je nachdem diese Maßnahmen durchgeführt werden, Beträge annulliert werden, jedoch müsse der ganze Betrag von 50 Milliarden für die Reparation der Schäden selbst verwendet werden. Die Reabilitierung solle erfolgen durch internationale Anleihen, und es solle gleich im ersten Stadium der Zahlungen festgelegt werden, daß die Sachlieferungen nur beispielsweise 30 Prozent des Gesamtbetrages der Schuld ausmachen könnten.

Als Kontrollmaßnahmen seien vorgesehen eine Währungsreform, also eine Stabilisierung der deutschen Mark, Kontrolle der Zolleinnahmen, damit diese direkt und sofort dem Garantieausschuß übermittelt werden könnten, und endlich eine Abgabe vom Kapital, beispielsweise dadurch, daß 25 Prozent vom Kapital der deutschen Industriegesellschaften abgegeben würden.

Die Uebergabe von 25 Prozent des Aktienbesitzes sollen Frankreich als Pfand dienen, entweder um die Anleihen zu garantieren, die aufgenommen werden sollen oder um die Mark zu stabilisieren. Die finanzielle Vormundschaft über Deutschland könnte an dem Tage ein Ende nehmen, wenn die Auslandsanleihe zustandekommt. An die Stelle der alliierten Vormundschaft würde aber dann eine Kontrolle durch die Zeichner der Anleihe treten.

*

Dieser Plan Poincarés, den er in der Londoner Besprechung mit Lloyd George und Schanzer vorlegen will, besagt nichts Neues. Für die Durchführung des Planes sind aber die Voraussetzungen nicht gegeben, denn nach der Stellungnahme Amerikas und Englands in der Frage der Streichung der interalliierten Schulden ist er schon in seinem ersten Teile hinfällig. Schon gestern haben wir die Erklärung des Finanzausschußvorsitzenden des amerikanischen Senats wiedergegeben, die wörtlich lautet: **„Wir werden niemals die Schulden annullieren."**

Außerdem werden sich weder Belgien noch die anderen Alliierten damit einverstanden erklären, daß Deutschlands Zahlungen ausschließlich Frankreich zugute kommen.

Wenn aber ein Teil dieses Planes durch ein Kompromiß der Alliierten zustande käme, so bedeutet das die **Auslieferung der gesamten deutschen Wirtschaft in die Hände des Auslandskapitals.** Das ist der **„Ausweg"**, wohin die deutsche Erfüllungspolitik steuert. Die deutschen Sachwerte werden also nicht von der deutschen Regierung im Interesse der deutschen Wirtschaft, sondern von Frankreich im Interesse des Ententekapitals erfaßt.

Daß es Poincaré ernst ist mit seinen Raubabsichten, beweisen schon seine für den 5. August beabsichtigten Sanktionen. Die Sanktionen in 15 Stufen betreffen: Beschlagnahme der Steuern, Zölle, Eisenbahn-, Post- und Telegrapheneinnahmen im besetzten Gebiet, Enteignung der deutschen Industriellen des besetzten Gebietes, Ersetzung der deutschen Beamten durch rheinische Beamte, Errichtung einer Zollgrenze gegen Deutschland und Aufhebung der Zollgrenze gegen Frankreich, Beschlagnahme der deutschen Güter in Elsaß-Lothringen.

Poincaré schlägt vor und handelt. Er entreißt der deutschen Wirtschaft die wichtigsten notwendigsten Produktionsmittel und Produktionsstätten, die für die deutsche Wirtschaft unersetzlich sind, und ohne die Deutschlands Bevölkerung nicht leben kann.

Der Gewerkschaftskongreß in Leipzig hat erneut beschlossen, den **Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für die Erfassung der** Sachwerte im Interesse der deutschen Wirtschaft aufzunehmen. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen sabotieren auch nach dem Leipziger Gewerkschaftskongreß die Erfassung der Sachwerte, weil sie sich feige vor dem Kampf gegen die Bourgeoisie scheuen. Sie überlassen die Erfassung der deutschen Sachwerte, durch die allein die Arbeiterschaft entlastet werden könnte, den französischen Imperialisten, damit diese das deutsche Proletariat umso intensiver aussaugen und knechten können.

*

Eine deutsche Antwortnote an Poincaré

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 4. August.

Die Reichsregierung hat sich im Laufe des Donnerstagnachmittags noch einmal mit der Frage der Ausgleichszahlungen beschäftigt. Wie es heißt, bereitet sie eine Antwortnote auf die Note Poincarés vom 1. August vor. Die deutsche Regierung wird im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien des Reichstages dem französischen Ministerpräsidenten in demselben Sinne wie am 26. Juli antworten, nämlich, daß die Aufbringung dieser Ausgleichsraten ihr unmöglich sei. Die deutsche Regierung erkennt Frankreich das Recht nicht zu, zu Zwangsmaßnahmen und Sanktionen zu greifen. Nach den völkerrechtlichen Gepflogenheiten besteht nur die Möglichkeit, daß ein Gläubigerstaat sich, wenn die Zahlungen eines Schuldners ausbleiben, Pfänder sichert. Frankreich könnte also wohl die Zolleinnahmen des Reichs beschlagnahmen, nicht aber die Hand auf deutsches Privateigentum legen. Eine Beschlagnahme deutschen Privateigentums würde einen glatten Bruch des Völkerrechts bedeuten.

Die Regierung, die das Wiedergutmachungsprogramm von Anfang an auf ihre Fahne geschrieben hat, steht sich vor Zustände gestellt, denen gegenüber sie völlig machtlos ist, da sie beim besten Willen nicht in der Lage ist, die geforderten Summen zum 15. August zu zahlen. Sie kann deshalb auch am 5. August nicht die Erklärung abgeben, die von der französischen Regierung gefordert wird.

Die deutsche Regierung wird sich aber gleichzeitig bereit erklären, Vorschläge der alliierten Mächte, die eine andere, Deutschland mögliche Art der Regelung der Ausgleichszahlungen zum Inhalt haben, in sorgfältigste Erwägung zu ziehen.

Eine Einberufung des Reichstags oder eine Besprechung der Frage der Ausgleichszahlungen vor dem Ueberwachungsausschuß des Reichstags kommt nicht in Frage, da die Parteien von Crispien bis Helfferich in der Auffassung der innen- und außenpolitischen Lage vollkommen einig sind.

*

Der Erfüllungsregierung größte Sorge ist der Schutz des Privateigentums der deutschen Kapitalisten, um deren Vorkriegsschulden im Auslande es sich in der Frage der Ausgleichszahlungen handelt. Die Regierung Wirth hat den allergrößten Teil dieser Schulden zur Zahlung übernommen. Die Regierung erklärt ihre Erfüllungspolitik bankrott und schützend stellt sie die nationale Einheitsfront von Crispien bis Helfferich vor die, die allein in Deutschland noch zahlen können, um dafür um so wuchtiger dem hungernden Proletariat die Sklavenpeitsche Poincarés fühlen zu lassen.

*

Die Reparationsfrage vor dem englischen Unterhause

London, 3. August.

Im Unterhause gab der Schatzkanzler eine Uebersicht über die bisher von Deutschland seit dem Waffenstillstand gemachten Leistungen: Barzahlungen an die Reparationskommission 77 Millionen Pfund Sterling, örtliche Zahlungen 30 Millionen Pfund Sterling. Wert der abgelieferten Schiffe und Naturalleistungen 166 Millionen Pfund, Regierungseigentum im abgetretenen Gebiet (Polen, Danzig, Tschechoslowakei) 125 Millionen Pfund, Saarbergwerke etwa 23 Millionen Pfund, zusammen 415 Millionen Pfund Sterling. Nicht eingerechnet seien die Gebiete, die an andere Staaten abgetreten wurden. Von diesen 415 Millionen Pfund habe England 56 Millionen erhalten, die so gut wie ganz für die Besatzungsarmee verwendet seien. Die Privatschulden gehörten nicht zum Konto Reparation. Ihre Zahlung beeinflusse aber die Fähigkeit der deutschen Regierung, auswärtige Zahlungsmittel für die Reparationsleistungen zu finden. Bisher seien 38 Millionen Pfund eingegangen, wovon Großbritannien erhalten habe: 22 Millionen, Frankreich 12 Millionen, Belgien 2½ Millionen. Noch zu bezahlen seien 35, davon 12½ Millionen an England. Die in der Presse aufgetauchte Behauptung, die Aktion der französischen Regierung bilde eine Antwort auf die Balfournote, sei unrichtig. Das französische Ultimatum sei ergangen mehrere Tage, bevor die Balfournote bekanntgeworden sei. — Wenn Deutschland heute zahlungsunfähig sei, so treffe bis zu einem gewissen Grade Deutschland selbst die Schuld an seinem Unglück, 1. infolge seiner Finanzpolitik während des Krieges, 2. habe es versucht, das Defizit seines Budgets durch Druck von Banknoten auszugleichen. England habe deswegen oft Vorstellungen bei Deutschland erhoben. Er sei nach reiflicher Ueberlegung der Ansicht, daß Deutschland eine beträchtliche Reparationssumme zahlen könne.

Lloyd George, der darauf redete, gab zu, daß die Alliierten, wenn Deutschland zu hart bedrängt würde, möglicherweise gar nichts erhalten würden, und daß die Gefahr bestünde, daß Deutschland, zur Verzweiflung getrieben, sich dann in die Hände der Reaktionäre oder Kommunisten begeben würde. Es würde ein Irrtum sein, wegen dieser Gefahr seine ganzen Ansprüche fallen zu lassen, und er weist darauf hin, daß eine Unterschätzung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit gefährliche Folgen mit sich brächte. Er glaube jedoch nicht, daß diese Frage auf der in den nächsten Tagen stattfindenden Konferenz in London gelöst werden könnte.

*

Lloyd Georges Ausführungen deuten darauf hin, daß ein Moratorium und die Anleihe, die die deutsche Regierung erhofft, noch lange auf sich warten lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220804-14/fragment/page=0002

Gegen Teuerung und Verelendung!

Die Stuttgarter Metallarbeiter für sofortige Durchführung der Forderungen des ADGB.

Eine von über 400 Funktionären des DMV. in Stuttgart besuchte Versammlung nahm zu der gegenwärtigen Teuerung Stellung und stimmte nach einem Referat des Genossen Dengel einstimmig folgender Resolution zu:

„Der Vertrauensmännerkörper des DMV., Verwaltungsstelle Stuttgart, macht sich die Forderungen des ADGB. zu eigen. Er muß aber feststellen, daß diese Forderungen noch nicht die Voraussetzungen gebildet haben, die Lage der arbeitenden Klasse erträglich zu gestalten. Erneut wurde auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig beschlossen, mit den entsprechenden Mitteln vom ADGB. die Macht der Gewerkschaften unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfesmittel einzusetzen, um die gestellten Forderungen, insbesondere die Sachwerterfassung, praktisch durchzuführen. Der Mord an Rathenau, der die jüngste und bisher am tiefsten greifende Auseinandersetzung der Klassen in Deutschland hervorrief, war kein isoliertes Ereignis, kein geschichtlicher Zufall. Die Durchführung des Berliner Abkommens hätte die Aufrollung der Front des Klassenkampfes in seiner ganzen Breite bedeutet. Deshalb auch das zweimalige Demonstrieren der Arbeiter, die dieses Mal wie nie zuvor zum Kampfe bereit waren und in unzweideutiger Weise ihrem Kampfeswillen Ausdruck gaben. Statt aber gestärkt aus diesem Kampfe hervorzugehen, ist die Bourgeoisie ungeschwächt und ihrem Ziele, der legalen Entrechtung der Arbeiterschaft nähergekommen. Das Gesetz zum Schutze der Republik, das sich praktisch nur gegen die Arbeiterschaft richtet und weder das Beamtengesetz noch das Amnestiegesetz werden die Macht der Klassenherrschaft der Bourgeoisie beeinträchtigen.

Der Vertrauensmännerkörper erinnert an die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Das weitere sprunghafte Emporschnellen der Lebensmittelpreise bedeutet wiederum, daß die Arbeiterschaft nicht in der Lage ist, das kaufen zu können, was sie naturnotwendig zum Leben braucht. Hinzu kommt, daß das Brot am 1. August wiederum eine beträchtliche Preissteigerung erfahren hat, die nur auf eine falsche Taktik der Regierungsparteien zurückzuführen ist. Deshalb fordert der Vertrauensmännerkörper des DMV. Verwaltungsstelle Stuttgart, alle Gewerkschaftsmitglieder und alle Arbeiter der drei politischen Arbeiterparteien auf, in Betriebs-, Gewerkschafts- und Parteiversammlungen Stellung zu nehmen und mit ihm den Kampf zu führen

gegen Wucher, Brotverteuerung, weiteren Lohnabbau, weitere Verelendung der Arbeiterklasse, für die Durchführung der zehn Punkte des ADGB., für das Berliner Abkommen, für die Freilassung der politischen Inhaftierten.

Diese Sicherungen der Arbeiterklasse können aber nur durchgeführt werden

im schärfsten Kampfe gegen die Bourgeoisie

und unter Einsetzung der gesamten Macht der deutschen Arbeiterklasse. Darum fordert der Vertrauensmännerkörper des DMV. Stuttgart alle Arbeiter der Gewerkschaften und der drei politischen Arbeiterparteien auf, gemeinsam mit den Spitzenorganisationen unverzüglich die Verwirklichung der aufgestellten Forderungen durchzuführen."

Diese Willenskundgebung der Stuttgarter Metallarbeiter muß überall im ganzen Reiche gehört werden. Die süddeutschen Metallarbeiter, die nach langem, opferreichem Kampfe in der Frage der Arbeitszeit unterlegen sind, weil die Zentralinstanzen der Gewerkschaften nicht zu ihrer tatkräftigen Unterstützung durch die gesamte Arbeiterschaft aufriefen, zeigen damit, daß sie trotz alledem bereit sind, den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen. Durch die katastrophale Teuerung werden die Arbeiter überall im Reich jetzt doch gezwungen werden, zu den schärfsten Kampfmitteln zu greifen.

Paul Levi und der Dollarkurs

Die Hallesche „Volkszeitung" spekuliert wieder einmal auf die Vergeßlichkeit des Leserpublikums. Sie schreibt folgendes:

„Die Prophezeiung des Genossen Levi, die zunächst etwas stark übertrieben schien, daß der Dollar binnen kurzem auf 1000 steigen werde, ist nunmehr unmittelbar in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt."

Es lohnt sich, einmal zu vergleichen, was Levi in jener Funktionärversammlung der USPD. Groß-Berlin am 20. Juli wirklich gesagt hat. Er äußerte sich wörtlich nach dem Bericht der „Freiheit" folgendermaßen:

„Ueber die Wirkung einer Reichstagsauflösung waren wir uns im klaren, wirtschaftlich hätte sie in der jetzigen Situation das Chaos bedeutet.

Die Durchführung des Wahlkampfes hätte am Wahltag einen Dollarkurs von 1000 oder mehr bedeutet."

Und etwas weiter unten sagt Levi:

„Gewiß, wir werden noch den Tag erleben, wo der Dollarkurs auf 1000 steht, aber auch der böseste Verleumder darf nicht die Möglichkeit haben, zu sagen: Weil die USPD. keine Minister erhalten hat, stieg der Kurs auf 1000 infolge einer Reichstagsauflösung."

Also: Levi begründete das feige Kneifen der USPD. vor der Reichstagsauflösung und dem Kampf um eine Arbeiterregierung mit dem faden Argument eines Steigens des Dollarkurses. Wenige Tage haben genügt, und die USPD. muß zugeben, daß der Dollarkurs 1000 „unmittelbar in den Bereich der Möglichkeit gerückt" ist — ohne Reichstagsauflösung, ohne Wahlkampf, ohne Eintritt der USPD. ins Stinneskabinett. So schleudert das rollende Rad des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ein Argument der USPD. nach dem andern ins Nichts, bis die USPD. selbst dort angelangt ist, wo sie als kampfscheue, kleinbürgerliche Kompromißpartei hingehört, bei der SPD. und der Koalition mit der Stinnesregierung.

Das Schwindelmanöver mit der schlechten Ernte

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 4. August.

Das Reichsernährungsministerium erklärt gegenüber allen anderen in den letzten Tagen in verschiedenen Zeitungen mit durchsichtiger Tendenz verbreiteten Nachrichten über eine „noch nie dagewesene Mißernte", daß die Ernteaussichten im allgemeinen nicht ungünstig sind. Die Kartoffelernte ist günstig geraten, ebenso die Hackfruchternte.

*

Die Junker, die auf jeden Fall die Getreideumlage sabotieren wollen, haben in den letzten Tagen alarmierende Nachrichten über eine Mißernte in die Zeitungen gesetzt und verlangen in allen Provinzen eine Herabsetzung der Umlage. Eine Gewährung dieses Verlangens aber bedeutet, daß ein noch größerer Teil des notwendigen Getreides im freien Verkehr oder im Ausland angekauft werden muß, und der Brotpreis, der schon in einigen Tagen erhöht wird, noch weiter heraufgesetzt werden muß. Die Junker wollen aber nicht nur wenig, sondern überhaupt nichts abliefern. Die Arbeiterschaft wird daher dafür Sorge tragen müssen, daß nicht die Lebensmittelversorgung im kommenden Erntejahr vollkommen versagt und die Verelendung der Arbeiterschaft, die durch die neue Markentwertung hervorgerufen wird, noch durch die Aushungerungspläne der Junker verschärft wird.

Das Elend der proletarischen Jugend

Daß die Jugend in einer geradezu katastrophalen Verelendung dahinsiecht, ist eine Tatsache, an der auch die bürgerlichen Kreise nicht vorbeigehen können. So schreibt die „Köln. Zeitung":

„Wie gefahrenträchtig die Lage ist, kommt nicht allen zum Bewußtsein. In Berlin tagt augenblicklich der Deutsche Städtetag. Aus den Verhandlungen hat man erfahren, daß viele Städte ihren sozialen Aufgaben nicht mehr nachkommen vermögen, sogar die Belegung der Krankenhäuser geht zurück, da die Kranken die Betten nicht mehr bezahlen können. Die heranwachsende Jugend, die in der letzten Zeit wieder erfreuliche Anläufe zu einem besseren Wohlstand und gesunderer Entwicklung zeigte, wird unter den heutigen Preisverhältnissen in erschütternder Weise in den Zustand der Unterernährung und ihrer verheerenden Folgen zurückgeworfen. Die Dinge arbeiten von den städtischen Schanktischen sind himmelschreiend."

Die Bourgeoisie sieht wohl das Elend, aber sie darf nicht zugeben, daß es gerade ihre Kreise sind, die die Schuld an diesen Zuständen tragen. Unfähig, die Existenz des Proletariats, des Trägers ihrem Wirtschaft zu gewährleisten, überläßt sie die proletarische Jugend ihrem Schicksal, um sich höchstenfalls zu wehleidigen Klagen und unzulänglichen Sammlungen aufzuschwingen. Das Versinken der Arbeiterjugend kann nur im Kampfe der gesamten proletarischen Jugendlichen ist es, sich in die Front der klassenbewußten Arbeiterschaft einzureihen.

Die Sprengung des Landeskontrollausschusses Thüringen

(Eigene Drahtmeldung.)

Weimar, 4. August.

Der Landeskontrollausschuß Thüringen wurde gesprengt. Die kommunistische Presse stellt fest, **daß die Thüringer SPD. und USPD. nicht auf Grund irgendwelcher Maßnahmen der Thüringer KPD. oder der kommunistischen Ortsgruppen die Kontrollausschüsse gesprengt haben, sondern auf Grund eines Berlin-Amsterdamer Befehls.**

Wenn diese Parteien bei der vorhergehenden Sitzung der Spitzenkörperschaften in Weimar sich noch für die Kontrollausschüsse aussprachen, so ergriffen sie zu gleicher Zeit alle Maßnahmen, um die Tätigkeit und Entwicklung der Kontrollausschüsse zu sabotieren. Sie fürchteten, daß die Arbeiterschaft offen den Verrat erkennen und den sozialdemokratischen Führern nicht mehr folgen würden. Deswegen machten sie noch Scheinkonzessionen und bemühten sich im übrigen, mit allen Mitteln, **die Kontrollausschüsse zum Absterben zu bringen. Es ist unerhört, daß die Bezirksleitung der USPD. die bisherigen Vereinbarungen mit der KPD. mißachtend, ohne jede Mitteilung an uns, ihren Ortsgruppen die Anweisung gab, aus den örtlichen Kontrollausschüssen herauszutreten und nicht mehr mit den kommunistischen Vertretern zusammenzuarbeiten.** Obendrein bezeichnete die Thüringer unabhängige Presse in ihrer Ausgabe vom Montag, dem 31. Juli, die Kontrollausschüsse als eine Parole der kommunistischen Parolenschmiede und hetzte damit offen gegen die Vereinbarungen, die in Weimar getroffen worden sind. Während die sozialdemokratischen Führer Richtlinien annahmen über die Tätigkeit der Kontrollausschüsse, sabotierten sie mit allen Kräften die Vereinbarungen.

Arbeiter Thüringens! Haltet die örtliche Einheitsfront aufrecht. Frecher als je verhöhnen die Konterrevolutionäre die Arbeiterforderungen, energischer denn je rüstet die monarchistische Reaktion in Bayern.

Es lebe die Erkämpfung der Berliner Forderungen durch die Einheitsfront des Proletariats!

Die reaktionäre Zentrumspartei will ablenken

Die Ultramontanen (Zentrumspartei) sind geriffene Politiker. Jedesmal, wenn sie die Klasseninteressen des Proletariats verraten, dann lenken sie die Aufmerksamkeit der Kirchengläubigen von den politischen Vorgängen ab, indem sie religiöse Streitfragen aufwerfen. So auch jetzt wieder. Das Zentrum hat die Rolle der Führerin aller Reaktionäre im Kampf gegen das Proletariat übernommen. Um die Arbeiter zu verhindern, sich mit den Fragen ihrer Klasseninteressen zu beschäftigen, soll ein neuer Streit um die konfessionelle Schule ihre Aufmerksamkeit gefangen nehmen. Zu diesem Zweck hat das Zentrum Leitsätze der katholischen Schülerorganisation aufgestellt. Der Zentrumsführer Marx in eigener Person hat die Leitsätze auf einer Hauptversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung der deutschen Zentrumspartei vertreten. Es werden Forderungen aufgestellt, die den Streit um die Schulfrage erneut anfachen. Das Eintreten für die Leitsätze wird den Kirchengläubigen selbstverständlich zur Pflicht gemacht. Es ist sogar mit neuen Schulstreits aus diesem Anlaß zu rechnen. Die katholischen Arbeiter haben einen Zankapfel, mit dem sie sich beschäftigen dürfen; ihre Aufmerksamkeit von der verräterischen Politik des Zentrums wird abgelenkt. So stellt die Zentrumspartei den Glauben in den Dienst der Interessen des Kapitals.

Ludendorffismus

Eine besondere Form deutschvölkischer Gehirnerkrankung ist der Ludendorffismus, gegen den sich jetzt auch einige deutschnationale Blätter wenden. Freilich gehört schon die Naivität oder bewußt fälschende Tendenz des „Vorwärts" dazu, aus diesem vereinzelten Abrücken auf eine „Götzendämmerung im Lager der Rechten" zu schließen. Was Herr Ludendorff in letzter Zeit alles verzapft hat, ist nur einigen Leuten auf der Rechten zu dumm geworden. Hat doch Herr Ludendorff neuerdings nicht nur beim Rathenau-Mord bolschewistische Spukerscheinungen gehabt, sondern er zitierte auch lobend als eine klare Beleuchtung jüdischer Umtriebe einen blöden antisemitischen Schmarren „Die Geheimnisse der Weisen von Zion", worin dem Haus Rathenau in der Viktoriastraße nachgesagt wird, daß dort die steinernen Köpfe an der Fassade als abgeschnittene Hohenzollernköpfe prangten.

Walter Rathenau ist tot und alle Hohenzollern haben glücklicherweise noch ihren hohlen Kopf auf den Schultern. Herr Ludendorff aber wird sich vorsehen müssen, daß nicht der tote Ahlwardt vor Neid aus dem Grabe aufersteht und seinem Konkurrenten Ludendorff aufs Dach steigt.

Streikende Seeleute für die Rußlandhilfe. Wochenlang standen die deutschen Seeleute in einem erbitterten Streik. Um die Versorgung der von der Arbeiterhilfe verpflegten Hungernden aufrechtzuerhalten, haben die Seeleute von Stettin beschlossen, das Schiff „Bürgermeister Hagen" mit 1200 Tonnen Hilfssendung für die Hungernden trotz des Streikes sofort abzufertigen. Das Auslandskomitee der internationalen Arbeiterhilfe hatte sich bereit erklärt, die strittige Lohnforderung selber zu decken, die Streikenden aber beschlossen, auf diesen Betrag zu verzichten zugunsten der Rußlandhilfe.

Ausland

Der Abbruch des italienischen Generalstreiks

Faszistensieg in Italien

EP. Rom, 3. August.

Ministerpräsident Facta ist es gelungen, die sozialistischen Führer Turati und Modigliani zur Einstellung des Generalstreiks und andererseits die Faszisten zur Aufgabe ihrer angekündigten Maßnahmen zu bewegen. Er konnte die Sozialisten übergeben, daß die Regierung diesen Anschlag auf die öffentliche Meinung unterdrücken und zu strengken Maßnahmen gegen den Streik im öffentlichen Dienst schreiten werde. Die Sozialisten erkannten die Opportunität des sofortigen Streikabschlusses an. Der Arbeitsbund von Rom hat an die Streikausschüsse Verfügungen erlassen, am Donnerstag den Streik einzustellen. Heute wird ein Aufruf der Regierung erwartet, worin die Parteien zur Versöhnung ermahnt und ernste Zusicherungen für die Wahrung der Arbeitsfreiheit gemacht werden.

Die italienische Krise hat mit einem vollen Sieg der Faszisten geendet. Es wäre eine Täuschung des internationalen Proletariats, dies nicht ausdrücklich festzustellen. **Die Folgen dieses faszistischen Sieges sind augenblicklich unübersehbare. Der blutige Klassenkrieg wird in einer Form neu entbrennen, wie er sogar in Italien bisher nicht bekannt war. Die Arbeiterschaft wird sich in buchstäblichem Sinne des Wortes ihr nacktes Leben gegen die faszistischen Mörder zu verteidigen haben.**

Es müssen aber ebenso die Ursachen dieser Niederlage vom internationalen Proletariat klar erkannt werden. Die akute Krise setzte mit einem Sturz des Facta-Kabinetts ein und wurde beendet, indem dasselbe neuernannte Facta-Kabinett mit Hilfe der Faszisten den Generalstreik der Arbeiterschaft erst zu vereiteln suchte und sodann mit Hilfe der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsführer gebrochen hat.

Die Sozialdemokratie konnte sich erst nach einem langen parlamentarischen Kuhhandel und nachdem der Druck der Arbeitermassen auf die Parteileitungen nicht mehr abzuwehren war, zur Proklamierung des Generalstreiks entschließen. Die Kommunistische Partei forderte diese Maßnahme schon vor Wochen als die einzig wirksame Waffe gegen die mit der faszistischen Mörderorganisation verbündeten Bourgeois-Regierung. Die Sozialdemokratie verhandelte aber über eine Koalitionsbildung. Die Parteileitung, welche in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Anhängern des zwischen rechts und links schwankenden Serrati besteht, konnte sich zum Generalstreik-Schritt erst entschließen, als mächtige Arbeitertrupps in planlosen Einzelkämpfen gegen die planmäßig vorrückenden Faszisten geschlagen wurden, und die Bourgeoisie sogar das Angebot Furrati zur Koalition abwies. Der Turati-Flügel der Partei war aber auch jetzt noch gegen einen Generalstreik, setzte den Kuhhandel mit den faszistischen bürgerlichen Parteien fort und ließ durch ihren treuen Verbündeten, den italienischen Gewerkschaftsbund, den Generalstreik sabotieren. Infolge dieser zweideutigen, schwankenden und verräterischen Haltung der Sozialdemokratie konnten die Kräfte des italienischen Proletariats nicht voll entfaltet werden. Ihren Verrat krönte aber die Sozialdemokratie mit einem Pakt, indem sie der Regierung versprach, den Generalstreik auch offiziell abzublasen.

Die ersten Folgen dieses Verrates sind bereits sichtbar: Der Faszistenführer Mussolini hat die Abhaltung des sozialistischen Parteitages in Rom einfach verboten. Die Sozialdemokratie wich auch vor dieser Herausforderung zurück, indem sie ihren Parteitag vorderhand „vertagte". Weitere Folgen dieses Verrates werden aber großen Massen des italienischen Proletariats die Augen öffnen und sie erkennen lassen, daß nicht nur die offen reformistische Richtung Turatis, sondern auch die schwankenden Halbheiten der Serratianer nur zur Zersetzung der proletarischen Klassenkräfte von einer Niederlage zur andern führen können. Das wirtschaftliche Elend und der blutige Terror der Faszisten wird das italienische Proletariat, das seinen gesunden Klasseninstinkt in zahlreichen heroischen Einzelkämpfen bewiesen hat, unter die Fahne führen, welche seine Kräfte zum planmäßigen Kampfe für seine Existenz, zum Kampfe gegen seinen Klassenfeind sammelt und sie nicht in nutzlosen Einzelgefechten verbluten läßt.

Stadtbahnerstreik in Chicago. Chicago, 2. August. Gestern sind 20 000 Stadtbahnangestellte wegen einer Lohnherabsetzung um 17 Prozent in den Streik getreten.

Gewerkschaftsbewegung

Unionsmitglieder gegen die Kampfesweise der Union

Am Sonntag, 30. Juli, fand die Generalversammlung des Unterbezirks Gelsenkirchen der Union der Hand- und Kopfarbeiter statt, die vor allem Stellung nahm zu den Gegensätzen zwischen Partei und Unionsleitung. Die meisten Redner der Union gaben ihrem festen Willen Ausdruck, jeden Versuch zu unterdrücken, die Union in einen Kampf gegen die Partei zu führen. Redner der Union nahmen sehr scharf Stellung gegen eine Kampfesweise, wie sie in dem Artikel der Hallenser Union zum Ausdruck kommt, der nach den Erklärungen der Unionsvertreter im Arbeitsausschuß zurückgezogen werden sollte. Die Ansicht dieser Genossen kam in der Resolution zum Ausdruck, gegen die man von parteigegnerischer Seite sprach, die aber dann doch einstimmig angenommen wurde. Bei der Abstimmung enthielten sich nur die unentwegtesten Parteigegner der Stimmen. Die Resolution lautet:

Die am 30. Juli stattfindende Generalversammlung des Unterbezirks Gelsenkirchen erklärt, daß sie keine Bestrebung, die Union gegen die Partei in einen Kampf zu führen, dulden wird. Nur in engster Zusammenarbeit zwischen Union und Partei kann die Arbeiterschaft vorwärts kommen. Sie verurteilt die Fehler der Partei während der Kündigungsaktion, verurteilt aber auch die Fehler der Unionsleitung während und nach der Kündigungsaktion.

Sie fordert von der Unionsleitung, daß sie eine Kampfesweise nicht duldet, wie in dem Artikel der Hallenser Union vom 28. Juli „KPD. und Union" zum Ausdruck kommt.

Einmütige Ablehnung des Arbeitszeitgesetzes

(WTB.) **Berlin, 4. August.**

Die Großorganisationen des Eisenbahnerpersonals haben zu den Richtlinien über die Arbeitszeit bei der Eisenbahn Stellung genommen und sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gelangt, daß bei aller Anerkennung der Besserungen in gewissen Einzelheiten der Gesetzentwurf des Reichsverkehrsministeriums abzulehnen sei. Die endgültige Stellungnahme der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer zu dieser Frage steht noch aus, sie dürfte sich aber ebenfalls in einmütiger Ablehnung der Richtlinien kennzeichnen.

Angestelltenstreik in Frankfurt

Frankfurt a. M., 3. August. (WTB.) Infolge des Streiks der kaufmännischen Angestellten sind die Filialen der großen Lebensmittelfirmen geschlossen, ebenso die Warenhäuser und die Konfektionsfirmen. Auch in einer Anzahl von Fabrikbetrieben feiert das kaufmännische Personal. Angestellte üben in den Hauptstraßen die Streikkontrolle aus.

Vom Tage

Ein bestechlicher Stadtrat. Der frühere Stadtrat in Berlin-Weißensee, Ernst Andree, Angehöriger der USPD., hatte sich wegen Bestechlichkeit, die er sich als Leiter des Wohnungsamtes hat zuschulden kommen lassen, vor dem Landgericht zu verantworten. Nach einer mehrstündigen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 500 Mk. Ueber diesen Antrag ging das Gericht weit hinaus und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Räubergeschichten von der Fremdenlegion. Das „B. T." berichtet aus Lübeck von einer versuchten gewaltsamen Pressung für den Eintritt in die Fremdenlegion. Ein Landwirt wurde in der Nähe des Holstentores von einem gutgekleideten Herrn angesprochen, der ihm plötzlich ein Tuch mit einem Narkotikum unter die Nase hielt. Der Ueberfallene verlor die Besinnung und erwachte erst wieder in Duisburg. Außer ihm hatten noch vier deutsche Männer dies Schicksal. Sie alle wurden unter starker Bewachung nach Krefeld abtransportiert und dort auf ihre Tauglichkeit für die Fremdenlegion untersucht. Während die vier tauglich befunden wurden, schickte man den Landwirt als untauglich völlig mittellos fort.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220804-14/fragment/page=0003

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten

K · P · D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

„Kommunistin", Nr. 15, ist eingetroffen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distrikt 21 (Böllberg-Wörmlitz). Unsere Distriktsversammlung ist verschoben auf Donnerstag, den 10. August.

Halle-Saalkreis.

Trebitz bei Könnern. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, bei Höpfner: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch.

Zschortau. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Mitgliederversammlung.**

Queis. Sonntag, den 6. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Schutzgesetz der Republik oder Schandgesetz gegen die Arbeiterklasse. Referent: Genosse Bormann (Halle).

Eilenburg. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, in der „Quelle": **Mitgliederversamml.**

Kreis Bitterfeld.

Greppin. Montag, den 7. August, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Wittenberg.

Pretzsch a. d. E. Sonnabend, den 5. August, abds. 8 Uhr, im Hotel z. Parkschloß: **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Gen. Karl Oertel.

Kreis Torgau.

Annaburg. Sonntag, den 6. August, abends 8 Uhr, bei Dege: **Mitgliederversammlung.** Die Mitglieder werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen.

Mansfelder Gebirgskreis.

Burgörner. Freitag abend 8 Uhr, im „Friedrich-Wilhelm-Bad": **Oeffentl. Wählerversamml.** Thema: Kommunalpolitik der KPD. und Gemeindevertreter.

Kreis Merseburg.

Delitz a. B. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Mitglieder-Versammlung.** Referent: Genosse Lehrer Kukuk.

Kreis Weißenfels.

Wildschütz. Sonnabend, den 5. August, abends 7½ Uhr, bei Otto Lade: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit dem Bürgertum." Ref.: Gen. Rößling (Halle).

Teuchern. Sonntag, 6. August, vorm. 10 Uhr, im „Grünen Baum": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit dem Bürgertum." Ref.: Gen. Eildermann (Halle).

Hohenmölsen. Sonntag, 6. August, nachmitt. 3 Uhr im Gasthof „Zum Bären": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit d. Bürgertum". Referent: Genosse Rößling (Halle).

Gröben-Kunthal. Sonntag, 6. August, nachm. 4 Uhr, im Gasthof „Zur grünen Linde" in Unterwerschen: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit dem Bürgertum". Referent: Genosse Eildermann (Halle).

Kreis Querfurt.

Mücheln. Sonntag, den 6. August abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" in Gehüfte: **Mitglieder-Versammlung.** Eine Stunde vorher: **Vorstandssitzung.**

Achtung, Maurer!

Sonnabend, den 5. August, abends 7½ Uhr, im **Volkspark** (Restaurationssaal):

Versammlung.

Tagesordnung: 3120

1. Stand unserer jetzigen Bewegung.
2. Verschiedenes.

Jeder Kollege hat zu erscheinen.

Ferner teilen wir mit, daß auch dort, wo unsere Forderungen bewilligt sind, die Arbeit noch nicht aufgenommen werden darf, sondern erst dann, wenn alle Forderungen überall und restlos erfüllt sind. **Die Kommission.**

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Vereine

benötigen

Drucksachen!

Bestellt dieselben bei der **Produktiv-Genossenschaft Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14.**

Fordert Offerten ein.

Arbeiter-Sänger-Chor. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel

Vereinslokal: „Lüderitzberg", Reilstr. Jeden Freitag, abends 8 Uhr: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Donnerstag, abd. 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**

Zentralv. prol. Freidenker. (Ortsgruppe Halle). Jeden Mittwoch nach d. 15., in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitglieder-Versammlung. Gäste stets willkommen.

I. Hall. Mandolin.-Orchester Uebungsstunde: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Zeichensaal (Charlottenschule).

Sonnabend, d. 5. August, abends 7½ Uhr, in der „Stadt Dresden": **Monatsversammlung.**

Die Naturfreunde. Stadth.: Weidenpl. 20. Freitag, abends, pünktlich 6½ Uhr, i. „Volkspark", Zimmer 3: Versammlung der Ferienheim-Genossenschaft. Ausweis mitbringen. — abends, ½8 Uhr, im „Volkspark", Zim. 7: Monats-Versammlung. Sonntag: Arbeitsdienst im Eisenhammer. Abfahrt: Sonnabend 2.08, 3.14 und 7.05 Uhr.

Arb.-Samarit.-Kol. Halle Jeden Freitag: **Uebung** auf dem Sandanger, bei ungünstigem Wetter in der **Martinschule.** Sonntag, den 6. Aug., nachm. 3 Uhr i. „Volkspark": Treffen aller diensttuenden Mitglieder. Armbinden und Taschen sind mitzubringen.

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle. Lokal: Lüderitz Berg. Sonntagfrüh 8.42 und 1.56 Uhr: Abfahrt n. Eisleben z. Parteifest. Proletar. Bühne trifft sich um 8 Uhr a. Bahnhof. Proletar Wanderschar pünktlich ¾8 Uhr am Bahnhof (Fahrscheinregelung). Dienstag von 5-7 Uhr: Kindergruppe 8 Uhr: Diskussions-Abend in „Lüderitz Berg".

Dtsch. Arbt.-Abstin.-Bund. Ortsgruppe Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartstraße 15. Jeden Donnerstag, ab. 7 Uhr: Arbeits-Gemeinschaft.

Sportklub 1909. **Vereinslokal: Zur Blume, Torstraße 29.** Uebungsstund.: Schülerabteilg. Freitags 6 bis 8 Uhr. Jugendabteilung Freitags 8—10 Uhr, Männerabteilung Sonnabends 8-10 Uhr. Versammlungen jed. Dienstag nach d. 1. im Mon.

Arb.-Schwimmverein Halle a. d. S. Mitgl. d. Arb.-T.- u. Sp.-B. Uebungsstunden: Dienstags und Freitags jeder Woche im „Florabad": 5—6 Uhr Schüler und Schülerinnen. ½7—8 Uhr Männer u. Frauen. Sonntag, den 6. Aug., nachmittags 3 Uhr, im „Florabad": Schwimmfest.

Komm. Jugend. Jugendh.: Rathausst. 16. Geöffnet v. ½7 Uhr an. Freitag, den 4. August: In allen Gruppen Diskussionsabende. Sonntag, den 6. August: Teilnahme am Parteifest. (Näheres wird noch bekanntgegeben. Freitag, den 11. August: Vorträge in all. Grupp. Süden: Jugend und Alkohol. Zentrum: Wirtschaftlicher Kampf und unsere Arbeit in den Jugendsektionen. Norden: Wandern. Sonntag, den 13. Aug.: Tagesfahrt nach Seeburg. Abmarsch aller Gruppen um 6 Uhr, von ihren üblichen Treffpunkten. Freitag, den 18. August: Vorträge in allen Grupp. Süden: Wandern. Zentrum: Jugend und Alkohol. Norden: Wirtschaftlicher Kampf und unsere Arbeit in den Jugendsektionen. Sonntag, den 20. Aug.: Vormittags: Besichtig. der Prod.-Genossensch. (Tageszeit wird noch bekanntgegeben.) Nachmittags: Badetour all. Gruppen. Abmarsch um 2 Uhr von den üblich. Treffpunkten. Freitag, den 25. August: Vorträge in all. Grupp. Süden: Wirtschaftlich. Kampf und unsere Arbeit in den Jugendsektionen. Zentrum: Wandern. Norden: Jugend und Alkohol. Sonntag, d. 27. August: Tages-Kahnfahrt aller Gruppen nach Rattmannsdorf.

In den Freitagsveranstaltungen werden über die bestimmten Vorträge die Genossen Thamm, Knittel, Nette und Zöllner sprechen. Dienstags finden die Spiele auf der Peißnitzwiese statt. Mittwochs werden die Musik-Uebungsstunden abgehalt. Beginn: 7 U. Donnerstags finden die Arbeitsgemeinschaften statt. Anfang pünktlich 7 Uhr.

Etwa noch dazutretende Veranstaltungen werden im Vereinsanzeiger rechtzeitig bekanntgegeben. Bitte ausschneiden und aufbewahren.

Kom. Arbeiter-Jugend **Ortsgr. Halle a. d. S.** Sonnabend, ab. 12 Uhr: Treffen auf dem Hauptbahnhofe zur Fahrt nach Berlin. Montag, ½8 U.: Funktionär-Sitzung.

Komman. Kindergruppe Heim: Rathausstr. 16. Sonntag, d. 6. August: Beteiligung all. Gruppen am Parteifest. Die Leiter d. Gruppen sorgen für Unterhaltung aller anwesend Kinder. Stocklaternen sind mitzubringen. Montag, d. 7. August, Gruppe Nord u Zentr.: Arbeitsgemeinschaft. Dienstag, d. 8. August, nachmittags ½6 Uhr, Gruppe Süd. Arbeitsgemeinschaft. Mittwoch, d. 9. August, abds. 7 Uhr, Lerchenfeldstr., Sitzungszimmer. Engere Vorstands-Sitzung.

Allgem. Arbeiter-Union. **(Rev. Betriebs-Org.).** Jeden Freitag von ½8 bis ½10 Uhr i. „Volkspark": Kassenstunden. Heute, Freitag, d. 4. Aug., im „Volkspark": Mitglieder-Versammlung. Sehr wichtige Tagesordnung.

Ammendorf

Arbeiter-Gesangverein. **Singestunden:** Frauenchor: Donnerstag, abds. ½9 Uhr. Männerchor: Jed. Dienstag, abds. ½8 Uhr, in Kluges Restaurant.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz. **Vereinslokal: Lindenhof.** Gesangs-Abteilung: Mittwochs v. 8-10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr. Kinder-Mand.-Abtg. Jeden Donnerstag, von 6 bis 8 Uhr.

Nietleben

Gesangver. Lyra Sonnabend, ab. 8 Uhr: Singestunde.

Eisleben

Gemischter Chor, Eisleben. Heute Singestunde, nächste Woche keine.

Deutscher Bauarbeiterverband, Eisleben. Jeden Mittwoch nach d. 15., i. „Volkshaus": Mitgliederversammlung.

Arbeit.-Samariter-Kolonne Eisleben. Jeden Sonntag vorm.: Uebungsstunde im Jugendheim. 468 Sonntag vorm. 8 Uhr, antreten am Jugendheim z. Geländeübung.

Arbeiter Turnverein „Ludwig Jahn", Eisleben. Dienstags und Freitags 8—10 Uhr, Sonntags: 10—12 Uhr: Turnstunde. Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabteilung. Jeden Sonntag nach dem 15.: Monatsversammlung. 166 Schwimmabteilung: Uebungstunden jeden Mittwoch u. Freitag, abends 7 Uhr, im Volksbad.

Deutscher Metallarbeiterverband, Eisleben. Zahlstelle: O. Springhetti, Bäckergasse 12, II. 343

Ztrv. prol. Freidenker, Eisleben. Jeden 4. Sonntag im Monat i. „Volkshaus": **Versammlung.** 453

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Eisleben. Jeden Donnerstag: Beratungsabend. Jeden 1. Montag, nach dem Monatsersten: **Mitgliederversammlung.**

Deutscher Bergarbeiter-Verband, Eisleben. Sonntag, den 6. August, vormittags 9 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Zahlstelle: Koll. Hendrich im „Volkshaus".

Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Makohemden, Makohosen, Unterjacken, Herrensocken, Damenstrümpfe, Westengürtel, Hosenträger, Sockenhalter, Kravatten, Dauerwäsche-Vertrieb, 3107 **Kl. Berlin Nr. 2.**

Die gute Sternwolle in allen Farben vorrätig *545 **Partiewaren** Magdeburger Str. 25 am Walhalla. **Wiederverkäufer Extrapreise.**

Walhalla

Dir. Josef Milos. **Heute, Freitag:**

1. Großkampftag

Beendigung d. spannenden Entscheidungskampfes

Hans Steinke — Randolf (Deutscher Meister) (Europameister)

Dieser Kampf gelangt zuerst zum Austrag!

Ferner ringen: Billau — Schiele. Urbanisky — Dittmann. 3121

Restaurant Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 empfiehlt seinen kräftig. **Mittag- und Abendtisch.** **Bier: Glas 7.50 M.**

3045 Ein Posten **Grubenhemden** wieder eingetroffen Solange Vorrat Stck. 198,50 **128,50** **Wäsche- und Wollwaren-Lager** **Gr. Ulrichstr. 25.**

548

Bruchbänder, Leibbinden Senkfußeinlagen. Fr. Speer, Halle, (Saale) **Gr. Ulrichstr. 63,** Krankenkassenlieferant.

Gelegenheitskäufe in Möbeln, 551 Polsterwaren, Betten usw. Klara Rust, Sternstr. 6, Teleph. 3579.

Bin ständig Käufer von getragener u neuer Herren-Garderobe, Hosen, Jacketts, Militär-Mänteln, Röcken und Hosen, Leihscheinen usw. 550 **Hammer, Rathausstr. 17, H. I.**

Stoffe, gut und billig 547 **Meckelstraße 2, I. r.**

Wohnungstausch. Tausche Stube, Kammer, Küche nebst Zubehör, gegen gleiche im **Nordviertel.** Hausmannswohnung nicht ausgeschlossen Zu erfragen bei **Przynosch, Diesk auer Straße 8,** Eingang 2. 3119

KPD. Ortsgruppe Dölau

Am 1. August verstarb infolge eines Unfalles auf der Arbeitsstelle unser treuer, langjähriger Genosse

Wilh. Scharfig.

Bis zum letzten Augenblick war er bestrebt, die Ziele der Partei in die Tatumzusetzen. Wir alle werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! *662

Die Ortsleitung.

Der Tag der Einäscherung wird noch bekanntgegeben. Etwaige Kranzspenden der Ortsgruppen des Distrikts 16 werden dankend abgelehnt

3118 **Dank.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres innigstgeliebt. Sohnes **Walter** sagen wir allen unseren verbindlichsten Dank.

Halle a. d. Saale, d. 4. August 1922. **Familie Rümpler.**

Zum Prozeß gegen die Konterrevolution in Rußland

G. LELEWITSCH:

Die Konstituante von Samara. (Ein Beitrag zur »Humanität« u. »Demokratie« der Partei der Sozialrevolutionäre.)

Preis Mark 25.—. (Organisationsausgabe Mark 18.—.)

G. SSEMJONOW (WASSILJEW):

Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918 (ihre Kampftätigkeit u. militärischen Aktionen).

Preis Mark 4.50. (Organisationsausgabe Mark 3.30.)

W. KNJASEW:

W. Wolodarski. Preis Mark 35.—. (Organ. Mark 12.—.)

N. MESCHTSCHERJAKOW:

Das menschewistische Georgien. (Anmerkungen zur Broschüre Kautskys über Georgien.)

Preis 1.50 Mark. (Organisationsausgabe Mark 1.10.)

N. MESCHTSCHERJAKOW:

Der Terror der georgischen Menschewiki.

Preis Mark 20.—. (Organisationsausgabe Mark 10.—.)

L. TROTZKI:

Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.

Preis Mark. 35.—, geb. Mark 45.—. (Organisationsausgabe Mark 20.—, geb. Mk. 30.—.)

I. WARDIN:

Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution.

Preis Mark 6.—. (Organisationsausgabe Mark 3.—.)

RUSSISCHE KORRESPONDENZ

Nr. 4-5 des dritten Jahrganges mit Aufsätzen über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Preis Mark 45.—. (Organisationsausgabe Mark 30.—.)

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

W. BYSTRANSKY:

Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Preis Mark 60.—. (Organisationsausgabe Mark 35.—.)

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hambg. 8

Auslieferung der Organisationsausgabe in Deutschland an die Organisationen der KPD. ausschließlich durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17.

Eisleben.

Neustadt-Theater.

Heute letzter und bester Teil des großen Noboduschlagers:

Lucifers Ende in 5 Akten.

Ferner:

Der Kindesraub in 6 Akten.

Magdalena in der frühen Jugend vom Grafen verführt. Der Racheschwur der Zwillingsschwester und des Bruders Jean auf dem Sterbebett. Komme sofort zur Gasse der drei Türme. Jean zu 6 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Heute nacht der Unkenruf — habe acht. Schaffe den Spitzel in den Keller, ich sende dir einen Wagen. Der Detektiv Morton.

470 **Aug. Barges.**

Eisleber Lichtspiele.

Freitag bis Montag:

Der 6., letzte und spannendste Teil des Riesenfilmes:

Das große Radiumgeheimnis betitelt:

Die Bezwinger menschlich. u. tierischer Bestien.

Vorgeschichte und 6 sensationelle Akte voller Abenteuer.

Das Los der kleinen Pierrette.

Packender, zu Herzen gehender Lebens- und Liebesroman in 5 Akten. 469

Gewissenhafter Austräger(in) für **Volkstedt** für sofort gesucht.

Zu melden: **Eisleben, Filiale „Klassenkampf", Breiter Weg 8.**

Gewissenhafter Austräger(in) für **Stadt Mansfeld** für sofort gesucht.

Zu melden bei: **Fritz Hartmann, Mansfeld.**

Für Amsdorf Austräger(in) für sofort gesucht.

Zu melden bei:

F **Frau Klara Bönecke, Amsdorf.**

Luzerneklee (getrocknet), jeden Posten, auch vom übrigen Deputat, kaufen zu allerhöchsten Tagespreisen; auf Wunsch wird die Ware evtl. mit Gespann abgeholt.

Gebr. Gerhardt, **Eisleben, Petristraße 11/12,** Fouragehandlung. 465

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 936a der Reichsversicherungsordnung wird für den Bezirk des Oberversicherungsamts Merseburg der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter nach Anhörung der Versicherungsämter, wie in der nachstehenden Zusammenstellung angegeben, hiermit geändert unter gleichzeitiger Außerkraftsetzung der Festsetzung vom 22. Oktober 1921 (Reg.-Amtsblatt 1921, S. 249). Die Aenderungen treten am 1. Oktober 1922 in Kraft; sie gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes (§ 936a RVO.).

Merseburg, den 21. Juli 1922.

Oberversicherungsamt. Der Vorsitzende. I. V.: gez. Listemann.

Stadtkreis Eisleben: Festsetzung für Personen über 21 Jahre: männlich 19600 Mk., weiblich 10800 Mk.; von 16—21 Jahren: männlich 13800 Mk., weiblich 9000 Mk.; von 14—16 Jahren: männlich 9000 Mk.; weiblich 7300 Mk.

Veröffentlicht.

Eisleben, den 28. Juli 1922. 472

Das Versicherungsamt Stadt Eisleben.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 149 bis 151 der Reichsversicherungsordnung wird nach Anhörung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und nach gutachtlicher Aeußerung der Versicherungsämter der Ortslohn in der aus der nachstehenden Nachweisung ersichtlichen Weise geändert unter gleichzeitiger Außerkraftsetzung der Festsetzung vom 22. Oktober 1921 (Regierungs-Amtsblatt 1921, S. 248). Die Aenderungen treten am 1. Oktober 1922 in Kraft; sie gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung des Ortslohnes (§ 151, Abs. 1 RVO.).

Merseburg, den 21. Juli 1922.

Oberversicherungsamt. Der Vorsitzende. I. V.: gez. Listemann.

Mansfelder Seekreis und Stadt Eisleben: Festsetzung für Personen über 21 Jahre: männlich 56 Mk., weiblich 34 Mk.; von 16—21 Jahren: männlich 41 Mk., weiblich 27 Mk.; von 14—16 Jahren: männlich 28 Mk., weiblich 21 Mk.; unter 14 Jahren: männlich 12 Mk., weiblich 12 Mk.

Veröffentlicht. 471

Eisleben, den 28. Juli 1922.

Das Versicherungsamt Stadt Eisleben.

Spül-Apparate: Clysos, Duschen, Frauenheil, Lady's Friend, Lady's Doktor. **Spritzen und Spülmittel.** **Irrigatoren** (Spülkannen). **Schläuche** für alle Zwecke. 3124 **Dam.-Binden u. -Gürtel.**

C. Klappenbach, Halle (Saale), Gr. Ulrichstr. 41.

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten

Patentex u. Pessarien Menstruationstropfen und -Tee, 393 **Spritzen u. Spülmittel. Ernst Gärtner, Eisleben, Breiter Weg 6.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220804-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 4. August 1922

4000 Mark Wochenlohn

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in dieser Woche zum Preise von 2000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 1000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Silbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt unverändert bis auf weiteres zum 40fachen Betrag des Nennwertes.

*

Aus der obigen Mitteilung der Reichsbankstelle geht klar hervor, daß der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters, der vor dem Kriege 40 Mk. betrug, heute mindestens 4000 Mk. betragen müßte. Die Ankaufszahlen der Reichsbank zeigen noch nicht einmal die volle Entwertung des deutschen Geldes an, weil sie bei diesen Aufkäufen die Mark mit 1 Pfennig Wert ansetzt. Tatsächlich beträgt der Wert derselben aber in diesen Tagen nur 0,4 bis 0,5 Pfenntigen. Wenn also ein Arbeiter heute gemäß dem Ausweis der Reichsbank 4000 Mark Wochenlohn erhalten würde, hätte er von diesem Geldre noch immer die Einbuße von 30 Prozent der Verminderung seiner Lebensbedürfnisse zu tragen.

Inzwischen aber steigt der Dollar immer höher. Gestern teilten wir an anderer Stelle mit, daß der Dollar auf 860 Mark heraufgeschnellt ist. Diese ungeheure Steigerung bedeutet, daß der Arbeiterschaft durch diesen neuen Marksturz der Reallohn um 25 Prozent gekürzt worden ist. Trotz der enormen Lebensmittelteuerung beträgt das wöchentliche Durchschnittseinkommen nur etwa 1100 Mk. wie Anfang Juli d. J. Was kann sich heute ein Arbeiter von diesem Einkommen kaufen: etwa

8½ Pfund Butter oder
10 Pfund Fleisch oder
44 Pfund Zucker oder
1¾ Zentner Kartoffeln.

Der durchschnittliche Wochenlohn von 32 Mark, den der Proletarier vor dem Kriege bekam, reichte aus, um folgende Lebensmittel zu beschaffen:

30 Pfund Butter oder
40 Pfund Fleisch oder
1½ Zentner Zucker oder
10 Zentner Kartoffeln.

Nach dieser Berechnung bekommt der Arbeiter heute etwa ein Viertel seines Vorkriegslohnes, d. h. der Reallohn ist gegen Juli 1914 um 75 Prozent gesunken. Dies stimmt auch überein mit der Geldentwertung, die man aus dem Dollarkurse errechnet. Nach dem letzten Marksturz beträgt der Wert der Mark nur noch 0,4 Pfennig, d. h. die Mark ist um das 240fache gefallen, während die Löhne nur um etwa das 25- bis 30fache gestiegen sind. Nach dem Ergebnis der letzten Berechnung des proletarischen Existenzminimums beträgt die Kaufkraft der Mark kaum mehr einen Pfennig.

Wie schnell der Marksturz die Lebensmittelpreise beeinflußt, zeigt die Entwicklung der Preise in den letzten Tagen. Trotzdem „die furchtbare Teuerung die minderbemittelten Hausfrauen und besonders die kinderreichen Mütter zur Verzweiflung treibt", so schreibt das hallische rechtssozialistische Blättchen in einem Artikel über die Preisentwicklung auf dem hallischen Wochenmarkte, weiß die „Volksstimme" auf die Frage der Arbeiterfrauen: „Was soll das nur noch werden?" weiter keinen Rat, als den Frauen zu sagen, daß das Brot den Haushalt ungeheuer belastet, daß die Fette unerschwinglich sind, daß der Kaufmann die Preise in ganz geringen Zwischenräumen immer höher hinaufsetzt, daß für Wurst Phantasiepreise verlangt werden — mit anderen Worten: wenn die Proletarier kein Geld haben, Fleisch Butter, Fett Gemüse, Obst usw. zu kaufen, dann müssen sie das Kaufen denen überlassen, die eben das Geld dazu haben. Was sollten die Sozialdemokraten auf die Fragen der hungernden Proletarier noch sagen, was sollten sie von der Regierung, von ihren Ministerparteigenossen fordern? Statt die gesamte Arbeiterschaft gegen die Lebensmittelteuerung und gegen die Börsenspekulation in einer geschlossenen Kampffront zusammenzufassen, zerschlagen sie die durch den Rathenaumord gebildete proletarische Einheitsfront, sprengen die Kontrollausschüsse und stellen die Verbindung mit den Wucherern, Schiebern und Spekulanten her, um einen erfolgreichen Kampf des Proletariats abzuwürgen.

Die Arbeitermassen dürfen sich jetzt nicht irreführen lassen. Der „sozialistische" Block mit SPD. und USPD. wird die Arbeiterschaft nicht im Kampfe einigen, sondern die Millionenmassen allein werden imstande sein, die für die deutsche Wirtschaft und die Lebenshaltung des Proletariats selbst drohende Katastrophe abzuwenden. Die Forderungen des ADGB. dürfen nicht länger auf dem Papier stehen bleiben. Den Spekulanten und Devisenschiebern muß das Handwerk gelegt werden. Die Arbeiterschaft muß auf der ganzen Front gegen das Unternehmertum vorgehen, um zu erreichen, daß der Reallohn auf eine Höhe gebracht wird, die ein ausreichendes Existenzminimum garantiert.

Der Haushaltplan für den Saalkreis

schließt in Einnahme und Ausgabe mit 12 845 000 Mark ab. Es ist selbstverständlich, daß dies keine endgültigen Zahlen sind. Die Mitglieder des Kreistags werden sich noch oft mit Nachtragsetats beschäftigen müssen. Der fortschreitende Zerfall des kapitalistischen Profitsystems wird besonders dadurch ausgedrückt, wenn man die Summe des vorjährigen Etats mit der diesjährigen vergleicht. Der vorjährige Etat schloß mit einer Summe von 4 137 800 Mark ab, so daß im letzten Jahre eine Steigerung um etwa 8¾ Millionen Mark zu verzeichnen ist. Dabei sind überall wesentliche Abstriche bei den einzelnen Kapiteln vorgenommen worden. Dem Verwaltungsbericht des Kreisausschusses entnehmen wir folgendes:

Der Kreis umfaßt bei einem Flächeninhalt von 496,72 Quadratkilometern, der seit der im Jahre 1900 erfolgten Eingemeindung der Landgemeinden Kröllwitz, Giebichenstein, Trotha und des Gutsbezirks Gimritz mit insgesamt 15,675 Quadratkilometern in den Stadtkreis Halle a. S. im wesentlichen unverändert geblieben ist, 3 Städte, 104 Landgemeinden und 24 Gutsbezirke. Die Gemeinden Oppin, Oppin-Freiheit, Inwenden, Harsdorf und Pranitz sind 1921 zu einer Gemeinde Oppin vereinigt worden. Die Zahl der Landgemeinden hat sich somit im Berichtsjahre um 4 vermindert. Eine Veränderung trat im Laufe des Berichtsjahres insofern ein, als die Gemeinden Radewell, Osendorf und Burg von dem bisherigen Schiedsmannsbezirk Diesdau abgetrennt und zu einem selbständigen Schiedsmannsbezirk Ammendorf II vereinigt wurden.

Die Bevölkerung betrug nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 in den Städten 9920, in den Gemeinden 69 815, in den Gutsbezirken 1674; Gesamtzahl 81 409 Einwohner. Haushaltungen waren vorhanden in den Städten 2626, in den Gemeinden 16 237, in den Gutsbezirken 325; Gesamtzahl 19 188. Nach der letzten vorgenommenen Erhebung über die Bodenbenutzung im Deutschen Reiche entfallen von der Gesamtfläche des Saalkreises auf Acker- und Gartenland 42 507,1 Hektar (1 Hektar = 1 Quadratkilometer), Wiesen 1385,3 Hektar, Weidungen und Hutungen 853,5 Hektar und Forsten und Holzungen 1275,5 Hektar.

Der Kreistag setzt sich aus 27 Mitgliedern zusammen. Die kommunistische Fraktion ist am stärksten. Sie zählt 11 Mitglieder. Die bürgerlichen haben zusammen nur 8 Mandate, die Unabhängigen 3 und die Sozialdemokraten 2.

Der Kreisausschuß besteht aus 6 Mitgliedern; davon gehören 3 der KPD., 1 der SPD. und 2 den bürgerlichen Parteien an.

Bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft sind insgesamt 258 Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben angemeldet worden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer beläuft sich auf 6698. Nach der Viehzählung vom 1. Dezember 1921 gibt es im Kreise 15 278 viehhaltende Haushaltungen. Im Erntejahr 1920 waren im Kreise 12 430 Selbstversorger, 4220 Deputatgetreideempfänger und 70 332 Versorgungsberechtigte vorhanden. Im Erntejahr 1921 12 042 Selbstversorger, 5815 Deputatgetreideempfänger und 69 733 Versorgungsberechtigte. Das dem Saalkreise auferlegte Umlagesoll für 1921 betrug 107 319 Doppelzentner. Bei der Verteilung entfielen auf einen Morgen Brotgetreide oder Gerste 4,80 Zentner und auf einen Morgen Hafer 8 Zentner. Die zu liefernde Menge ist vom Saalkreise abgeliefert worden.

Die dem Saalkreise in Aussicht gestellte Liefermenge an Kohlen bleibt hinter der tatsächlich gelieferten Menge weit zurück. Im ganzen sollte der Saalkreis 80 000 Tonnen Kohlen bekommen. Geliefert wurden aber nur etwas über die Hälfte, genau 58,6 Prozent.

Die Lage des Wohnungsmarktes wird als schlecht bezeichnet. Besonders groß ist der Mangel an Kleinwohnungen. Ob überhaupt gebaut worden ist, geht aus dem Verwaltungsbericht nicht hervor. Das Mieteinigungsamt wurde sehr stark in Anspruch genommen. In dem Berichtsjahre wurden 3001 Sachen bearbeitet, davon waren 665 Terminsachen.

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht hat am 1. April seine Tätigkeit aufgenommen. Das Kreisgewerbegericht hat 45 Streitsachen erledigt und das Kreiskaufmannsgericht nur 5.

Während sonst alle veranschlagten Mittel aufgebraucht wurden, brachte das Kreiswohlfahrtsamt für das Rechnungsjahr 1920 eine Ersparnis von 77 000 Mark.

Die Gesamtzahl der Geburten betrug 2555; davon starben im 1. Lebensjahr 364 = 14,24 Prozent gegen 14,3 Prozent im Vorjahr. Die Untersuchungen der Schulkinder über den Ernährungszustand hatten furchtbare Ergebnisse. Unter 638 Knaben waren nur 28 = 4 Prozent normal ernährt, 523 = 82 Prozent weniger gut ernährt und 87 = 14 Prozent stark unterernährt. Unter 701 Mädchen waren 59 = 8 Prozent normal ernährt, 545 = 78 Prozent weniger gut ernährt und 97 = 14 Prozent stark unterernährt. Und das bei Kindern, die unter wesentlich günstigeren Ernährungsverhältnissen groß werden als die Stadtkinder!

*

Zu dem Artikel „Sabotage im Kreiswohlfahrtsamt" in Nr. 162 des „Klassenkampf" teilt uns das Kreiswohlfahrtsamt des Saalkreises mit, daß nicht das Kreiswohlfahrtsamt irgendeine Schuld trage, wenn die im Dezember vom Kreistage bewilligten 100 000 Mark zur Gewährung von Beihilfen an Altkriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Friedensrentenempfänger und Familien der politischen Inhaftierten aufgebraucht worden seien. Der Kreistag hatte vielmehr versäumt, bei Erhöhung der Summe auf 100 000 Mark einen Beschluß herbeizuführen, daß auch die Beihilfen an die einzelnen Personen und Familien erhöht wurden. Weiter wird uns mitgeteilt, daß die Auszahlungen der Beihilfe an die Familien der politischen Inhaftierten auf Grund der von den Ortsbehörden eingesandten Fragebogen vorgenommen worden seien.

Durch diese Mitteilung des Kreiswohlfahrtsamts bleibt trotzdem der Vorwurf bestehen, daß die Angaben der „Roten Hilfe" unberücksichtigt geblieben sind. Wenn dem Kreiswohlfahrtsamt an der Linderung der Not bei den Familien der politisch Inhaftierten etwas gelegen gewesen wäre, so hätte es sich mit der „Roten Hilfe" in Verbindung setzen können. Den Landratsämtern war das Material der „Roten Hilfe" zur Verfügung gestellt worden. Wenn dieses Material dem Kreiswohlfahrtsamt nicht zugestellt worden ist, so trifft vielleicht dem Wohlfahrtsamt nicht die Schuld, wohl aber dem Landratsamt, das das Material nicht an die zuständige Stelle weitergeleitet hat. Im übrigen aber müßte auch dem Wohlfahrtsamt bekannt sein, daß die „Rote Hilfe" dieses Material der Oeffentlichkeit unterbreitet hat.

Zentral-Verband der Schuhmacher

Für die hiesigen Schuhmachergehilfen gelten für Monat August folgende Stundenlöhne: 1. Klasse 23 Mk., 2. Klasse 21,50 Mk.

Die Kollegen werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Werkstellen die Abmachungen innegehalten werden.

Parteifest am Sonntag, dem 6. August

Auschneiden! Aufheben!

Eintrittskarten zu 6 Mk. im Vorverkauf sind bei allen Parteifunktionären, in der Bezirksbuchhandlung, Lerchenfeldstraße 14, in der Volksbuchhandlung, Harz 42, und im Ortssekretariat der KPD. zu haben

Im großen Saal

konzertiert das Erste Hallische Mandolinenorchester

Außerdem finden sportliche Vorführungen durch Turner und Radfahrer statt.

Für den Restaurationssaal

hat die Jugend folgendes Programm aufgestellt:

Ernster Teil

Musikstück
Rezitationen:
a) „Die Schmiede" von Jakobi
b) „Die Freiheit" von Barthel
c) „Aufbruch" von Barthel
Musikstück
Rezitation

Heiterer Teil

Musikstück
Volkstanz
Solo-Gesang zur Laute
Volkstanz
Heitere Gedichte
Musikstück

Im Garten

spielt abends das Hallische Mandolinenorchester.

Außerdem werden der Männer- und der Frauenchor einige Lieder zu Gehör bringen u. die Turner einige Pyramiden bauen

Zur Unterhaltung der Kinder

sind Belustigungen aller Art vorgesehen. In der Turnhalle findet ein Kasperle-Theater statt. Die Puppen sind hergestellt vom Genossen Engel aus Weißenfels. Weiter finden im Hof für die Kinder Sackhüpfen, Wurstschnappen, Saustechen und andere Unterhaltungsspiele unter Leitung von älteren Genossen und Genossinnen statt. Ein Fackelzug beschließt abends die Veranstaltungen für die Kinder.

Besondere Programmzettel werden nicht gedruckt.

Hallisches Operetten-Theater

„Der keusche Lebemann"

Franz Arnold und Ernst Bach, die Verfasser der „Spanischen Fliege", sind auch die Urheber des Schwankes „Der keusche Lebemann". Wie bei allen Schwänken, so kann man auch hier nach den ersten Bildern den weiteren Verlauf der Handlung voraussehen. Man könnte den gesamten Schatz der Lustspiel- und Operettenliteratur bei seiner jährlich anwachsenden Fülle auf eine erstaunlich geringe Zahl einiger weniger Motive zurückführen.

Der Fabrikant Julius Seibold möchte seine Tochter Gerty mit seinem Kompagnon, den früheren Buchhalter Max Stieglitz, verheiraten. Diese wünscht jedoch einen Gatten, der etwas erlebt hat (!), während Stieglitz das direkte Gegenteil eines solchen Ideals ist. In dieser Bedrängnis läßt Seibold eine Postkarte mit dem Bilde der Filmdiva Mia May beschaffen, setzt eine Widmung darauf und läßt dies in die Hand seiner Frau spielen. Sofort gilt Max als Mann mit Erlebnissen, und die Verlobung wird geschlossen. — Nun erscheint die Filmdiva zu einer Kinovorstellung persönlich in der Stadt, es kommt zu einer urkomischen Verwicklung, die aber (wieder unter Beteiligung des schlauen Seibold) vergnüglich gelöst wird. Willi Schur (Julius Seibold), Gretel Putz (Gerty), Hans Süßenguth (prachtvolle Charakteristik des Prokuristen, besonders im ersten Akt) zeigen in ihrer ersten (und letzten) hallischen Schwankrolle tüchtiges Können. Frau Direktor Schur (Maria Rainer) ist als viel umschwärmte Kinogröße allzu zurückhaltend.

K. W.

* **Angehörige der politischen Inhaftierten. Alle Genossen oder deren Angehörige, die wegen politischer Vergehen nach Aufhebung der Sondergerichte verurteilt oder bestraft sind, haben sich zwecks Anwendung der Amnestie unter Vorlegung der Verhältnisse schriftlich an den Genossen Gustav Menzel, Halle, Kleine Ulrichstraße 31, zu wenden.**

* **Weitere Sammlungen für die Chemnitzer Bauarbeiter** gingen ein: Liste 5 Baustelle Oberröblingen durch Dörner 200 Mk., Liste 8 Maurer und Zimmerer 500 Mk., Liste 10 Baustelle Brotfabrik Schubert 68 Mk., Liste 12 Baustelle Reichshof 65 Mk., Otto Spieker 30 Mk., Liste 24 Maurer und Zimmerer 550 Mk., Liste 42 und 43 Ziegelei-Umbau Bruckdorf 806 Mk., Liste 53 Zimmerleute Zementfabrik Nietleben 115 Mk., Liste 77 Baustelle BAG., Zeppelinstraße 70 Mk.

* **Sozial-, Unfall-, Witwen- und Waisenrentner.** Unsere Mitgliederversammlung kann am Sonntag, dem 6. August, nicht stattfinden, da uns der „Volkspark" am Sonntag nicht zur Verfügung steht. Die Versammlung findet nunmehr am Sonntag, dem 13. August, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark" statt. Am Mittwoch, dem 9. August, abends 7 Uhr, findet für die Vorstandsmitglieder und Kassierer in der Produktiv-Genossenschaft eine wichtige Besprechung statt.

* **Quartiere gesucht.** Für die Nacht vom Sonnabend, dem 12. zum Sonntag, dem 13. August, werden mehrere Quartiere für die Teilnehmer der Bezirkskonferenz gebraucht. Meldungen im Ortssekretariat.

Lieskau—Schiepzig—Pfützthal—Lettin—Dölau

Trauerkundgebung der Arbeiterschaft. Arbeiter, Genossen! Die kapitalistische Lohnausbeutung hat wieder ein Opfer aus Eurer Mitte gefordert. Ehrt den wackeren Kämpfer, unseren tödlich verunglückten Genossen Wilhelm Scharlig aus Dölau, den Vater seiner heute vollverwaist dastehenden Kinder. Erscheint zahlreich am Sonntag, dem 6. August, vormittags 10 Uhr, im Gasthof Dierschke zur Trauerkundgebung. Genosse Bechstedt (Halle) wird die Ansprache halten.

Sport

T.-V. Die Naturfreunde

Heute, Freitag, abend pünktlich ½7 Uhr Zahlstellenversammlung der Ferienheim-Genossenschaft im „Volkspark", Zimmer 3. — Abends ½8 Uhr: Monatsversammlung im „Volkspark", Zimmer 7. Sonntag: Arbeitsdienst im Eisenhammer. Abfahrt Sonnabend 2.05 Uhr, 3.14 Uhr und 7.05 Uhr. Anmelden bis Freitag abend.

Ring-, Sport- und Artistenklub „Siegfried"

Heute abend von 7 bis 10 Uhr Uebungsstunde in Kohls Restaurant, Königstraße 4. Nachdem Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Alle Sportkollegen müssen erscheinen.

Arbeiter-Sportverein Cröllwitz.

Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Serienmannschaften. — Sonntag, den 6. August, spielt die I. Mannschaft gegen Wörmlitz I. in Wörmlitz. Treffpunkt 2 Uhr „Lindenhof". Mannschaft spielt in folgender Aufstellung:

Vogler
O. Heß Mutterlose
Walpourgis Haunold P. Stenzel
Keck W. Brömme W. Lösche W. Henze O. Henze
Ersatz: W. Sauer, O. Allner.

Sportplatz Wörmlitz

Am Sonntag, dem 6. August, finden folgende Diplom-Fußballspiele statt: 1 Uhr: Viktoria Jugend gegen Wörmlitz Jugend; ½3 Uhr: Askania I. gegen Gröbers I. und ½5 Uhr: Cröllwitz I. gegen Wörmlitz I. Da die Gegner gut ausgelost sind, ist mit gutem Sport zu rechnen.

Arbeiter und Arbeitersportler meidet das Spiel Wacker-Halle gegen Wien

Hiermit bestelle ich vom ..... den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: **„Leben, Wissen, Kunst"**, den Beilagen: **„Kämpfende Jugend"** und **„Die kommunistische Frau"** zum Preise von 45 Mark monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert an uns gelangen zu lassen: Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Alle Abonnementsgelder sind nur auf das Postscheckkonto Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle, einzusenden.

Postbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220804-14/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Der freie Sonnabendnachmittag

In nicht wenigen Betrieben ist es üblich, an den Sonnabenden gegen Mittag die Arbeit zu beenden und die durch diesen früheren Geschäftsschluß verloren gehenden Arbeitsstunden auf die übrigen Wochentage zu verteilen. In den meisten Fällen wird dadurch, daß man eine halbe Stunde vorarbeitet, die achtstündige Arbeitszeit überschritten. Wenn diese Einrichtung auch in der Regel mit Rücksicht auf die weiblichen Kollegen getroffen worden ist und die Anregung von dieser Seite ausging, so liegt trotzdem für die verantwortlichen Betriebsräte keine Ursache vor, einem Prinzip untreu zu werden, eine schwer errungene und mühsam zu erhaltende Position einfach preiszugeben. Der Achtstundentag sollte keinesfalls überschritten werden. Wir Kommunisten zumal müssen durch eifrigste Arbeit unter unseren Kollegen dahin kommen, daß in der Arbeiterschaft der Gedanke des freien Sonnabendnachmittags genügend verbreitet wird und seine Forderung eine der nächstliegendsten Aufgaben der Gewerkschaftsverbände wird. Schon deshalb muß hier die Agitation mit aller Kraft einsetzen, da das Unternehmertum drauf und dran ist, in jenen Gewerben, wo ihm dieses Zugeständnis ibereits abgerungen war, diesen Vorteil wieder rückgängig zu machen. Hier gilt es, die Augen offen zu halten und dahingehend die Kollegen im Betriebe aufzuklären, daß sich dieselben der Bedeutung eines solchen Kampfes bewußt werden und ihm jedmöglichste Unterstützung zuteil werden lassen. In jenen Gewerben, in denen der freie Sonnabendnachmittag auf normaler Grundlage noch nicht eingeführt ist, kann es nicht heißen, den Achtstundentag zu umgehen, sondern es muß darum gekämpft werden. Die in den Gewerkschaften organisierten Genossen sollten deshalb bei jeder Gelegenheit der Besprechung einer Revision der Löhne und Tarife auch diese wichtige Angelegenheit in den Vordergrund der Versammlungsdebatten schieben. Der freie Sonnabendnachmittag wird ja im Augenblick, da die Frau mehr und mehr ins Berufsleben gedrängt wird, eine soziale Selbstverständlichkeit, und der Kampf um diese Forderung im Hinblick auf die mangelhafte Gesundheit des Industrie-Proletariats, an der das nach Profit mehr denn je hastende Kapital einen Raubbau treibt, zur sittlichen Pflicht.

Ein Arbeiter.

Von der Geißel des Proletariats

Wieviele Menschen sterben an Tuberkulose?

Daß die Tuberkulose in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, vor allem als Lungenschwindsucht mit Recht als eine unserer gefährlichsten Volksseuchen angesehen werden muß, das beweist die folgende, vom Reichsgesundheitsamt gegebene Uebersicht über die Sterblichkeit in Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern. Es starben an Tuberkulose:

Im Jahre	1913	in zusammen 382	Orten 40 374	Menschen
„ „	1914	„ „ 386	„ 41 730	„
„ „	1915	„ „ 383	„ 44 805	„
„ „	1916	„ „ 383	„ 48 779	„
„ „	1917	„ „ 383	„ 67 860	„
„ „	1918	„ „ 373	„ 75 160	„
„ „	1919	„ „ 365	„ 66 604	„
1. Halbjahr	1920	„ „ 375	„ 25 609	„

Welch eine Unsumme von Not und Elend in diesen Zahlen enthalten ist, darüber ist sich der nicht klar, der nicht öfter in die Behausung solch armer schwindsüchtiger Menschen kommt. Das mächtige Ansteigen der Sterbeziffer in den beiden letzten Kriegsjahren ist wohl mit Recht als Folge der allgemeinen Unterernährung anzusehen. Es gibt leider immer noch eine Anzahl von Kranken, die durch ihren Auswurf die Tuberkelbazillen verbreiten. Die Absonderung solcher Kranken aber macht bei der schrecklichen Wohnungsnot noch viel größere Schwierigkeiten als früher. Es ist zu fürchten, daß alle Bemühungen, die Tuberkulose einzudämmen, an diesen Zuständen scheitern werden, wenn nicht das ganze Volk sich zu der Einsicht aufrafft, daß der Staat in noch ganz anderer Weise als bisher für die Beseitigung der gesundheitlichen Schäden des Volkskörpers herangezogen werden muß. Dieser Unternehmerstaat saugt die besten Kräfte des Volkskörpers auf, ihn muß man zwingen, den Raub an der Volksgesundheit wieder gut zu machen.

„Rote Hilfe“

41. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge.

Sammlungen: Steinsetzerverband Halle 70 Mk. Genosse Gumprecht (Halle) 30 Mk. Gesammelt durch Genossen Walther (Volkmaritz) 253 Mk. Von einem Kollegen der Grube „Hermine Henriette I“ (Osendorf) 200 Mk. Genosse Retterat (Zeitz) 10 Mk. Genosse E. Schilling (Zeitz) 10 Mk. Max Jahr (Zeitz) 30 Mk. Willy Zauker (Ammendorf) 10 Mk. Funktionärsitzung, Ortsgruppe Papitz 110 Mk. Gesammelt beim Vergnügen der Polnischen Vereinigung in der Brohanschenke (Ammendorf) 70 Mk. Belegschaft der Eisenbahnhauptwerkstatt Halle 1000 Mk. Sportvereinigung Dieskau 1070 Mk. Genosse H. Hoppe (Halle) 20 Mk. Genosse Otto Wende (Belgern) 20 Mk. Ueberschuß vom Sommerfest des Personals der Firma Nagel u. Co. (Schkeuditz) 461 Mk. Ungenannt, Gutenberg 20 Mk. Gesammelt bem iBezirksfest des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität“ (Hintersee-Lichtenburg) 300 Mk. Versammlung Zscherben 86 Mk. Theatralischer Verein Seeben 151,80 Mk. Kohlenhader (Riestedt) durch Genossen Fiechsel 80 Mk. Ungenannt (Eisleben) 40 Mk. Franz Freiberg (Eisleben) 20 Mk. Gesammelt bei der Sitzung des AKB. durch Genossen Schallwig (Halle) 70 Mk. Maifeier Landsberg 236 Mk. Gewerkschaftsfest Kelbra 820,25 Mk. Gesammelt beim zehnjährigen Stiftungsfest des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität“ (Erdeborn) durch Genossen Kunze (Höhnstedt) 100 Mk. Radfahrer-Verein Schraplau 329 Mk. Belegschaft des Mansfelder Tonwerkes Bernhardt 200 Mk. Arbeiter-Sport-Verein 21 Dölau 190 Mk. Genosse Wolf, Baustelle Lingesleben, alte Zementbude, 50 Mk. Genosse Paul Müller, Delegierter der Firma Lingesleben, Filmfabrik Wolfen 240 Mk. Frau Opitz (Halle) 300 Mk. Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“ Halle, gesammelt in Langenbogen 83 Mk., in Neutz 105 Mk., in Lettewitz 400 Mk., in Lebendorf 175 Mk. Mundharmonika-Verein „Echo“ Halle 101 Mk. Gasthof „Grüner Baum“, Teuchern, 117 Mk. Gesammelt im „Norddeutschen Hof“, Teuchern, 77 Mk. Barbier Reiche, Teuchern, 100 Mk. Reinhold Schneider, Teuchern, 5 Mk. Otto Mackwitz, Teuchern, 20 Mk. Rauchklub „Havanna“, Maschwitz, 131,70 Mk. Gesammelt beim Kränzchen des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Pörthen-Rippach 140,50 Mk. Arbeiter-Radfahrer-Verein Reideburg 65,85 Mk. Mitteldeutsche Planschen-Arbeiterschaft 130 Mk.; b. Radfahrerfest von der KJD., Sangerhausen, gesammelt 202 Mk. Gesammelt b. Unterhaltungsabend am 16. Juli im Restaurant Köhler (Halle) 50 Mk. Parteivergnügen Lieskau 243,50 Mk. Zentralverband der Zimmerer in Querfurt und Umgegend 345 Mk. Landarbeiter-Verband Queiß 235,50 Mk. Hochzeit Paul Kluge (Halle) 130 Mk. Gewerkschaftsfest Großlehna 100,25 Mk. Arbeiter-Radfahrer-Verein Poserna 104 Mk. W. Lutzemann (Halle) 30 Mk. Fr. Ziegler (Zörbig) und Fr. Müller 32,20 Mk. Fr. Kunze (Wallwitz) 10 Mk. Von dem unangenehmen Ausflug am 17. Juni 10 Mk. Ungenannt, Distrikt 13 (Halle) 15 Mk. Wilhelm Küster, Diäten vom Bezirkstag, 30 Mk. Schicks Restaurant, Teuchern, 25 Mk. Willi Zimmermann, Teuchern, 35 Mk. Gesammelt bei der Bannerweihe des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität“, Kobershain, 126 Mk. Bildungsausschuß Goddula, durch Genossen Fritz, 200 Mk. Wiebach, Halle, 5 Mk. Fitzner (früherer Wirt des „Cohnstein“), Halle, 56 Mk. Grube „Elise II“, Abraumwerkstatt, Mücheln, 886 Mk. Arbeiter-Sportverein 118,25 Mk.

Listen: Liste Nr. 18 187, Belegschaft der Firma Hailpud, Schnitzler u. Co., Halle, 300 Mk. Liste Nr. 26, Belegschaft der Firma Natorp u. Eberhardt, Halle, 1143 Mk. Liste Nr. 22 763, Belegschaft der Firma Becker u. Co., Weißenfels (Eisenbahnbau), 1782 Mk. Liste Nr. 3666, Belegschaft der Aktien-Ziegelei Trotha und Sennewitz, Mk. 468.

Marken: Ortsgruppe Meisdorf 125 Mk. Distrikt 16, Halle, 155 Mk. Hugo, Halle, 260 Mk.

Berichtigung: In der 40. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge für Rote Hilfe darf es nicht heißen: Gesammelt bei der Familienfeier durch Genossen Götze, Halle, 154 Mk., sondern: Gesammelt bei der Hochzeit durch Genossen Götter, Halle, 154 Mk. Weiter darf es nicht heißen: Arbeiter-Gesang-Verein Unterröblingen, durch Genossen König, 243 Mk., sondern: Arbeiter-Gesang-Verein, Unterröblingen, durch Genossen Otto Hoffmann, 243 Mk.

Bezirksleitung für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg der KPD.
Abteilung II: Sämisch.

„Rußland-Hilfe“

16. Quittung des Arbeiter-Hilfskomitees für Sowjet-Rußland Halle-Merseburg.

Sammlungen: Belegschaft der Eisenbahnhauptwerkstatt Halle 1000 Mk. Maifeier Fichtenberg 65 Mk. Theatralischer Verein Seeben 151,80 Mk. Kommunistische Jugend Weißenfels 35 Mk. Ueberschuß vom Parteifest in Bitterfeld 243,20 Mk. Gesammelt beim Gewerkschaftsfest im „Schützenhaus“ zu Querfurt 151,60 Mk. Gesammelt beim Gewerkschaftsfest in der „Tanne“ zu Querfurt 380 Mk.

Marken: Ortsgruppe Belgern 80 Mk. Ortsgruppe Altenburg 95 Mk.

Karten: Ortsgruppe Gräfenhainichen 75 Mk.

Ueberschuß von Filmvorträgen: Ortsgruppe Oppin, Rest vom Filmüberschuß 12 Mk.

Arbeiter-Hilfe für Sowjet-Rußland.
Bezirkskomitee Halle-Merseburg: Sämisch.

„Weshalb bist Du nicht in Deiner Gewerkschaft organisiert?“

„Die ist mir viel zu reformistisch.“

„Dann gehe hinein und mache sie revolutionär!“

„Mensch, wenn ich da als Kommunist auftrete, dann fliege ich sofort wieder hinaus.“

„Falsch, mein Lieber! Mache Deine Arbeit tagtäglich als Kommunist, zeige den Kollegen, wie die Tageskämpfe zu führen sind und scheue Dich nicht, daneben sehr energisch zu zeigen, daß Du Kommunist bist, dann werden wir schon sehen, wie's vorwärts geht.“

„Ja, das ist aber verdammt schwer.“

„Ach so, vor der Schwierigkeit hast Du Angst? Die Ausrede gilt nicht, sonst bist Du kein Kommunist.“

Grundsatztreu?

Im bürgerlichen Blättchen von Hettstedt war folgendes Inserat aufgegeben und erschienen:

Burgörner.

Morgen, Sonnabend, den 29. Juli, abends 8 Uhr, findet im „Friedrich-Wilhelms-Bad“ eine öffentliche Wählerversammlung statt. — Bürgermeister Kleeis-Aschersleben spricht über: „Die bevorstehende Wahl der Gemeindevertretung.“ Wähler und Wählerinnen! Erscheint zu dieser Versammlung recht zahlreich. SPD. USPD. **Freie Gewerkschaften.**

In der „Mansfelder Volkszeitung“ erschien am 29. Juli nachstehender lokaler Hinweis:

Burgörner. Der Wahlkampf hat begonnen. Die Wahlen zur Gemeindevertretung werden eifrig vorbereitet. Die USPD., die SPD. und die freien Gewerkschaften halten heute, Sonnabend, den 29. Juli, abends 8 Uhr, im Wilhelmsbade eine Versammlung ab, in der Bürgermeister Kleeis (Aschersleben) spricht.

Auf derselben Seite der „M. V.“ war ein aufklärender Artikel über dem „lokalen Teil“ erschienen, wo es hieß:

Noch ein anderer, sehr wichtiger Grund zwingt zu dieser Stellungahme. Die kostenlosen Hinweise im redaktionellen Teil sind in sehr vielen Fällen nichts anderes als eine Umgehung des Inseratenteiles. Man sucht die Kosten für eine bezahlte Anzeige zu sparen und wendet sich darum vertrauensvoll und bieder an das „Mädchen für alles“, die Redaktion, mit der Bitte, einem kotzenlosen Hinweis Aufnahme zu gewähren.

Der Kontrollausschuß Halle-Merseburg hatte beschlossen, die bürgerliche Presse zu boykottieren. Diesem Bezirks-Kontrollausschuß gehörten die SPD. und USPD. an. Auch sie unterzeichneten den Boykottbeschluß. Wie die Spitzenorganisationen das Berliner Abkommen nicht hielten, so hält die SPD. und USPD. sich nicht an die von ihm selbst getroffenen Abmachungen. Aber dann nach der altbekannten Manier auf die Kommunisten schimpfen, darin sind sie groß. Nun wissen wir wenigstens, warum die SPD. und USPD. so gegen uns hetzt, um ihren eigenen Wortbruch zu verschleiern. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber fragen wir: Was sagen sie zu dem Aufgeben der eigenen Forderungen ihrer Führer?

Die Gemeindevorsteher sabotieren die Getreideumlage

Die republikanischen Gemeindevorsteher des Kreises Salzwedel nahmen auf ihrer Tagung Stellung zur Getreideumlage und stellten sich einmütig auf die Seite der Landbündler. In einer Resolution an den Herrn Regierungspräsidenten in Magdeburg sandten sie folgende Resolution:

„Die Getreideumlage in Höhe der vorjährigen ist für den hiesigen Kreis mindestens um 50 Prozent zu hoch. Der Stand der diesjährigen Ernte ist, wie auch der Vertreter der Reichsgetreidestelle Kundt durch seine Besichtigung des Kreises festgestellt hat, um mehr als die Hälfte geringer als im Vorjahre, so daß eine Aufbringung des geplanten Solls unmöglich ist. Es muß hierbei noch besonders auf den Umstand hingewiesen werden, daß schon im Vorjahre die zu hohe Veranlagung des Kreises Salzwedel von maßgebender Seite anerkannt wurde. Die gerechte Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Besitzverhältnisse (vorwiegend Kleinbesitz) lassen die Höhe des Solls nur zur Hälfte des vorjährigen gerechtfertigt erscheinen. Die Durchführung der Umlage in Höhe des vorjährigen Solls ist unmöglich.“

Der Kreisverein der Landgemeinde-Vorsteher des Kreises Salzwedel.

Es muß zugegeben werden, daß der Kleinbauer zu hart durch die Umlage getroffen wird. Um so mehr aber müssen die Großgrundbesitzer herangezogen werden. Wenn sich die Gemeindevorsteher aber an diese Herren heranwagen würden, dann wären sie am längsten Gemeindevorsteher gewesen. Obwohl in diesem Jahr die Ernte viel besser ausgefallen ist als 1921, weigern sich die Agrarier, ihrem Lieferungssoll nachzukommen. **Wenn die Gemeindevorsteher sich schützend hinter die Landbündler stellen und die Getreideumlage sabotieren, dann soll der Teufel oder Hörsing mit seiner, seinerzeit gegen das mitteldeutsche Proletariat geführten Schupo dazwischenfahren.**

Kann und wird die Regierung dieses tun?

Statt Reinigung hält die Reaktion ihren Einzug bei den Verwaltungen des Reiches

Harmlos wie immer veröffentlicht das Hauptversorgungsamt, vertreten durch den Herrn Direktor Grafen von Hertzberg, in den hiesigen Tageszeitungen, daß das Amt dringend Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger zur vorübergehenden Beschäftigung brauche. Manch Kriegsrentenempfänger trat darauf den Gang zur Kaserne Ravensberg an. Aber schwer getäuscht: Rentenempfänger, die ihr Gut und Blut auf dem „Felde der Ehre“ ließen, wurden nicht eingestellt. Selbst tüchtige (beschädigte) Kaufleute konnten nicht eingestellt werden. Aber alte ergraute Regimentskommandeure, wie Oberst a. D. Maximilian Dobrzynski, Hauptmann a. D. Walter Steinbrecht, alte Rechnungsräte, welche kaum imstande sind, noch eine Treppe zu steigen, wurden für geeignet befunden und eingestellt. Ist es nicht eine Schande, Leute, welche jetzt 10 000 bis 15 000 Mk. Pension für den Monat beziehen, werden eingestellt, und andere, vor allen Dingen tüchtige Kräfte, welche leider nicht in solchen ehemaligen hohen Stellungen waren, werden unberücksichtigt gelassen. Was sagen nun Arbeiter, Angestellte und Beamte zu dieser Reinigung der Verwaltungen der Republik.

In den nächsten Tagen sollen noch mehrere pensionierte ehemalige höhere Offiziere den Dienst antreten, dann wird ja der Generalstab bald wieder in der Kaserne Ravensberg seines Amtes walten. Dies nennt man in der Republik „große Reinigung“. Arbeiter, Angestellte und Beamte, sie werden immer frecher. Wacht auf, schließt euch zusammen zum Kampfe gegen die Reaktion.

Was die proletarische Jugend unter Schundliteratur versteht

„Es hat gewiß manchen Volksgenossen gefreut, als er hörte daß auch die proletarische Jugend den Kampf um die Schundliteratur aufgenommen hat. Leider zeigt aber nachfolgendes Ereignis, daß die Begriffe von „Schundliteratur“ bei der Jugend doch sehr verschieden sind. In Plauen i. V. fand zu Pfingsten ein Reichs-Jugendtag der proletarischen Jugend statt, bei dem Schundliteratur verbrannt wurde. Nach einem Bericht des „Vogtländischen Anzeigers“ (Nr. 133) bestand diese „Schundliteratur“ neben Instruktionsbüchern des ehemaligen Heeres und vaterländischen Geschichtsbüchern in religiösen Schriften aller Art, kirchlichen Gesangbüchern, katholischen Kommunion- und Gebetbüchern, Katechismus und Psalter!“

Diese Notiz ging in den letzten Tagen durch die bürgerlichen Provinzblätter. Sie ist insofern irreführend, als sie den Eindruck erweckt, als ob die proletarische Jugend ausschließlich die oben angeführten Bücher als Schundliteratur betrachte und bekämpfe, dem ist natürlich nicht so! Sie rechnet vielmehr diese Bücher **mit** zur Schundliteratur, weil sie in den Köpfen der proletarischen Jugend ebensoviel Unheil anzurichten vermag, wie die eigentliche Schundliteratur.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist das Vorgehen in Plauen (es handelt sich um sozialdemokratische, nicht um kommunistische Jugend) zu betrachten und zu bewerten. Der proletarischen Jugend steht genug Literatur zur Verfügung, die ihr im besten Sinne des Wortes nützt. Die Schriften von Marx, Engels, Mehring, Luxemburg und anderer bedeutender Menschen und Denker sind so wertvoll und interessant, daß es gar nicht einzusehen ist, weshalb die Jugend nach mittelalterlichen Schriften greifen soll. Wenn sich die proletarische Jugend an diesem geistigen Quellwasser labt, und sich dabei eine Weltanschauung erwirbt, die ihr und der Menschheit zum Wohle gereicht, dann ist sie berechtigt, die obengenannten Schriften als Schundliteratur zu bezeichnen.

Müssen Lehrlinge Ueberstunden arbeiten, oder nicht?

In der letzten Zeit ist wiederholt festgestellt worden, daß Lehrlinge von ihrem Meister zu einer längeren Arbeit angehalten worden sind. Da in den Kreisen der Arbeiterschaft und der Eltern gerade in derartigen Fällen viel Unklarheit herrscht, halten wir es für angebracht, an dieser Stelle etwas Aufklärung zu bringen. Durch die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 ist der Achtstundentag für alle gewerblichen Arbeiter eingeführt. Diese Verordnung schließt auch die Lehrlinge mit ein. Eine wichtige Entscheidung fällte in dieser Angelegenheit das Oberlandsgericht in Dresden auf Grund einer Anzeige gegen einen Buchhändler, der ein Lehrmädchen und zwei Lehrlinge mit dem Fertigmachen der Post bis abends ½8 Uhr beschäftigte. Schöffengericht und Berufsinstanz sprachen den Arbeitgeber frei. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat das Oberlandsgericht Dresden das angefochtene Urteil aufgehoben, und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an den Vorrichter zurückverwiesen. Wie die gesetzliche Verordnung, betreffend den Achtstundentag, ohne weiteres erkennen lasse, sei Anfang und Ende der achtstündigen Arbeitszeit auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem Plan (Tarif, Arbeitsordnung) festzulegen und einzuhalten. Eine Beschäftigung über diese Zeit dürfe nicht stattfinden. Dasselbe gilt auch vom Schulbesuch der Lehrlinge. Damit ist die Frage endgültig und grundsätzlich gelöst. Ein Nacharbeitenlassen der durch die Schulzeit versäumten Arbeitszeit ist unzulässig und unterliegt genau denselben Strafbestimmungen wie jede sonstige Ueberschreitung des Achtstundentages. Ein Tischlermeister in Rostock wurde vom Landgericht zu Geldstrafe verurteilt, weil er die Lehrlinge nach Schluß der Arbeitszeit noch die Werkstatt aufräumen ließ. Auch die Zeit, die der Lehrling zum Besuch der Fortbildungsschule versäumt, muß nach der Entscheidung des Amtsgerichts Brake vom 21. Januar 1922 vom Arbeitgeber bezahlt werden, da das Amtsgericht durch die Fortbildungsschule keine Unterbrechung der Arbeitszeit feststellen kann. Nach den Entscheidungen der einzelnen Gerichte, uns liegen noch mehrere Urteile vor, ist der Achtstundentag auch für Lehrlinge und Lehrmädchen rechtsgültig. Der Lehrling ist also nicht verpflichtet, länger als acht Stunden zu arbeiten. Die Schulzeit ist vom Unternehmer zu bezahlen, falls nicht eine andere Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden hat. Wir ersuchen alle Kollegen, im Betriebe auf die Länge der Arbeitszeit und die Art der Beschäftigung der Lehrlinge etwas Obacht zu geben, und die Kommunistische Jugend von den Vorgängen im Betriebe in Kenntnis zu setzen, damit sie das weitere dann einleiten und die Lehrlinge zu ihrem Rechte verhelfen kann.

Walderholungsheim Zöckeritz

Das Hauptgebäude der ehemaligen Oberförsterei Zöckeritz ist von dem Magistrat der Stadt Bitterfeld zu einem Erholungsheim eingerichtet. Zöckeritz liegt 1¼ Stunde vom Bahnhof Bitterfeld entfernt, in waldreicher Umgebung (Laub- und Nadelwald). Eignet sich vorzüglich zur Erholung und Kräftigung. Es werden männliche und weibliche Personen aufgenommen. Personen mit ansteckenden Krankheiten, namentlich lungenkranke, werden nicht aufgenommen. Die Verpflegungs- und Aufenthaltssätze sind: für Privatpersonen pro Person und Tag 70 Mk., für Krankenkassenmitglieder pro Person und Tag 50 Mk., für Kinder bis zu zwölf Jahren pro Kind und Tag 40 Mk., für Kinder, sofern eine Krankenkasse eintritt, pro Kind und Tag 30 Mk. (Nur für Mitglieder einer Krankenkasse gemäß der RVO. und im Industriebezirk Halle-Bitterfeld belegen.) Gute ausreichende Verpflegung. Anmeldungen sind an den Magistrat (Wohlfahrtsamt) Bitterfeld zu richten. Daselbst wird auch mündliche Auskunft erteilt.

Behördlicher Wucher

In Dommitzsch wurden bei der Verpachtung der städtischen Pflaumen an der Fährstraße 60 000 Mk. erzielt, das ist das zwanzigfache des vorjährigen Pachtpreises.

In Elsterwerda brachte die Verpachtung der städtischen Pflaumen 4000 Mk., im vorigen Jahre 1000 Mk.

Die Behörden machen also den unverschämtesten Wucher mit. Gerade sie hätten die Aufgabe, preisregulierend zu wirken. Aber auch sie nehmen das Geld daher, wo alle Kapitalisten und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220804-14/fragment/page=0006
DFG

Schmarotzer es hernehmen, aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung.

Unsere Trägerinnen kassieren

in den kommenden Tagen den Abonnementspreis für August ein und beträgt derselbe einschließlich des Botenlohnes 45 Mark. Wir bitten, den Trägerinnen durch Bereitlegung des Betrages die Einkassierung zu erleichtern.

Delitzsch

Hetze gegen die KJ. Um die Hetzereien gegen die KJ. Delitzsch — vor allem aber gegen den Jugendgenossen Baumgärtel — immer in Fluß zu halten, bedienen sich die Drahtzieher des Stahlhelmbundes und des Jungdo der gemeinsten Mittel. Dieses Mal muß die Feuerwehr herhalten. Um Dumme zu finden, die irgendwelche unüberlegten Schritte gegen unsere KJ.-Genossen unternehmen, verbreitet man in der Feuerwehr die Parole: „Von der Kommunistischen Jugend, vor allem von B. ist gesagt worden, die Feuerwehr sei ein Ableger vom Stahlhelmbund." Obwohl jede Unterlage zu diesen Behauptungen fehlt, ließen sich einige jugendliche Mitglieder der Feuerwehr nicht von ihrer Meinung abbringen. Man sieht also, wie famos die Reaktion alle Positionen ausnützt, um Pogromstimmungen zu erzeugen. Tag für Tag neue Märchen. Einmal kommen monatlich 40 000 Mk. Geld von Moskau für die Delitzscher bolschewistischen Agenten, ein zweites Mal reist B. nach Amerika, ein drittes Mal nach Hamburg; andere wieder erzählen, der Jungdo habe neulich der KJ. eine Schlacht geliefert und gesiegt. Es soll in Leipzig gewesen sein; mancher sagt aber: „nein, im Stadtpark". Es gibt ja in Delitzsch genug alte und junge Schwatzbüchsen, die solchen Unfug glauben. Aber wenn wir die Sache näher betrachten, so können wir mit Sicherheit feststellen, daß irgendwelcher reaktionärer Drahtzieher diese Nachrichten in die Welt jagt.

Eilenburg

Unter der Not der Zeit leiden natürlich auch die Mittelständler. Wenn der Arbeiter weniger verdient, kann er weniger kaufen. Aber diese Kleinkrämer sehen ihren kommenden Untergang nicht in den sozialen Verhältnissen, sondern in den hohen Steuern. Und so protestierten denn auch die Mittelständler in einer Versammlung gegen die neuen Gewerbesteuern, die das Handwerk ruinieren sollen. Sie rechnen aus, daß sie bei einem Einkommen von 50 000 Mk. 45 Prozent Steuern zahlen, während der Arbeiter nur 10 Prozent zahlt. Als ob die Steuern nicht auf die Ware geschlagen und vom Konsumenten bezahlt werden müssen. Gewiß würden durch Erlaß der Steuern die Unkosten geringer, ob aber die Waren billiger werden, das wagen wir noch zu bezweifeln. Wenn der Arbeiter seinen auskömmlichen Lohn hat, kann er auch genug kaufen. Die Arbeiter tun aber gut daran, wenn sie die protestierenden Kleinkrämer unter sich lassen und ihren Warenbedarf im Konsumverein decken, dann brauchen die Krämerseelen keine Steuern zu zahlen und sind somit der Notwendigkeit des Protestierens enthoben.

Weißenfels

Zucker für 16 Mark verteilt der Konsumverein Weißenfels-Naumburg an seine Mitglieder auf Grund der Umsatzhöhe im letzten Geschäftsjahr. Für je 2000 Mk. Umsatz gibt es 1 Pfund Zucker. Das ist eine sinngemäße Belohnung für diejenigen Mitglieder, welche treu im Konsum gekauft haben. Es spornt gleichzeitig die übrigen an, sämtliche Waren nur in ihrem eigenen Geschäft, das heißt im Konsumverein zu kaufen.

Belsdorf

Die Kriegsbeschädigten ernten den Dank der Gutsbesitzer. Ein landwirtschaftlicher Arbeiter sendet uns folgenden Brief mit der Bitte um Veröffentlichung: „Im Januar dieses Jahres vermittelte die Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle in Magdeburg mir eine Stelle als Kutscher beim Gutsbesitzer Doktor Tangermann in Belsdorf, Kreis Wanzleben. Da auf der Ausweiskarte diese Stelle als ausdrücklich für Schwerkriegsbeschädigte vermerkt war, nahm ich sie an. Nach einigen Wochen machte sich eine Verschlimmerung meines Leidens bemerkbar, so daß ich den Arzt in Anspruch nehmen mußte, der mich behandelte. Im März wurde ich dann fristlos entlassen. Alle angestrengten Klagen wurden abgewiesen, zuletzt die vor dem Amtsgericht in Erxleben.

Dasselbe Amtsgericht strengte dagegen auf Betreiben des Gutsbesitzers eine Klage gegen den Arbeiter an, und zwar zwecks sofortiger Räumung der Gutswohnung. Am 16. Juni wurde das Urteil vollstreckt und der Arbeiter mit Frau und drei Kindern im Alter von dreiviertel, 4 und 10 Jahren auf die Straße gesetzt. Von einem Ort zum andern gejagt, versuchte ich vor dem Kreis-Mieteinigungsamt in Neuhaldensleben mein Recht, mich solange in der Wohnung zu belassen, bis ich eine Notwohnung gefunden habe. Alles vergeblich. Meine Wirtschaftsgegenstände wurden durch den Gerichtsvollzieher in die Polenkaserne gebracht. Meine Vorstellungen beim Fürsorgeamt für Kriegsbeschädigte blieben ohne Erfolg. Meine Familie ist zerrissen. Die Kinder im Obdachlosenasyl am Wollener Berg. So ernte ich als Kriegsbeschädigter den Dank des Vaterlandes."

Wir haben den Brief im Wortlaut veröffentlicht, der zeigt, wie brutal die kapitalistische Gesellschaft gegen Arbeiter ist.

Sommerschenburg

Die Verhaftungen beginnen. Was wir bereits des öfteren betonten, ist Tatsache geworden. Dieser Tage wurde ein Zimmermann in Leipzig verhaftet und nach Magdeburg gebracht. Angeblich soll er an den Plünderungen teilgenommen haben. Daß diese Auslassung nur ein Vorwand ist, wird jedem klar sein, denn überall kam zum Ausdruck, daß sich die anwesenden Zimmerleute in keiner Weise an der Plünderung beteiligt haben. Aus der Verhaftung geht hervor, daß die Arbeiterschaft für ihr Eintreten gegen den Schießhelden und Mörder von Rosenberg bestraft werden soll. Die Proleten haben daher alle Ursache, die Augen offen zu halten und den geschlossenen Kampf gegen die Reaktion weiter zu führen, gleich wo sie steckt.

Einheitsfront — Grüne Internationale und Amsterdam

Im Rahmen des in Nürnberg stattgehabten großagrarischen „Germanischen Bauernkongresses" fand auch die Mitgliederversammlung des „Reichsverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen" statt. Ueber diese nichtöffentliche Versammlung, die am 24. Juni stattfand, weht uns ein günstiger Wind einen Bericht zu. Wir geben daraus folgendes wieder:

„Der Vorsitzende Schurig gab in der Eröffnungsansprache ein kurzes Bild über den Stand der Wirtschaft. Der Niedergang unseres Wirtschaftslebens ist zum größten Teil durch die Revolution verschuldet sowie durch das völlige Versagen der Regierung, der **jedes Verständnis für wirtschaftliche Fragen abgeht.** Als ein Glück ist zu verzeichnen, daß die anfänglich so sehr in den Vordergrund getretenen Sozialisierungspläne in den Hintergrund getreten sind. Auch innerhalb der **Führerschaft der Arbeiter** dringt immer mehr die Erkenntnis durch, daß man jetzt nicht sozialisieren kann. Als besonders interessant zu bezeichnen ist der Ausspruch des Vorsitzenden des DLV. Georg Schmidt anläßlich einer Verhandlung. Dieser hat erklärt: **„Ich sehe immer mehr ein, daß die Landwirtschaft das untauglichste Objekt für die Sozialisierung ist."**

Notwendig ist, daß ein engerer Zusammenschluß zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitgebern und den Arbeitgebern der Industrie herbeigeführt wird.

Zu Punkt 2: „Die sozialpolitischen Sicherungen des Hilfswerks der deutschen Landwirtschaft" sprach Freiherr von Michel, Schloß Tißling. Er führte aus: Zur Sicherung des Hilfswerkes der deutschen Landwirtschaft haben insbesondere die landwirtschaftlichen Großbetriebe große Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben können aber nur dann erfüllt werden, wenn auch die Landarbeiter sich in den Dienst des Hilfswerks stellen. Hierbei ist die erfreuliche Beobachtung zu machen, daß doch ein Teil der Arbeiterschaft am Gelingen dieses Hilfswerks mitarbeitet, und besonders erfreulich ist es, daß auch die Landarbeiterorganisationen, **namentlich der DLV.** seine Unterstützung zugesagt hat. Die Grundlage dafür ist das bekannte Abkommen zwischen Schurig und Georg Schmidt.*) Durch dieses Abkommen wurde erreicht, daß die notwendige Ruhe innerhalb der Landwirtschaft hergestellt wurde. Besonders ist erreicht worden, daß eine ganze Reihe von Lohnbewegungen nicht zu Streiks ausgeartet sind.

Zu Punkt 3: „Frage des Lohnarbeitsverhältnisses in der Landwirtschaft" sprach Dr. Graf v. Keyserlingk. Er führte aus: Es muß alles getan werden, um den Wirtschaftsfrieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu fördern. Um das zu erreichen, sind auch die Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeiterorganisationen geschaffen worden. Die Erfahrungen mit den Arbeitsgemeinschaften sind so gute, daß man ruhig sagen kann, sie haben sich bewährt. Vor allen **Dingen ist es uns gelungen, immer die Initiative in der Hand zu behalten** (!).

Die Taktik des pommerschen Landbundes dahingehend, eigene Arbeitnehmergruppen zu schaffen, um mit diesen unter Ausschaltung aller übrigen Arbeitnehmerorganisationen Tarife abzuschließen, ist entschieden zu verwerfen, ja als verbrecherisch zu bezeichnen. All das kostet nur ungeheure Summen Geld. Man geht hier bei der Beurteilung der geistigen Einstellung der Landarbeiter von vollkommen falschen Voraussetzungen aus. Die Klassenunterschiede bestehen nun einmal. Man kann zwar für eine gewisse Zeit und unter besonderen Umständen das Bewußtsein der Klassenverschiedenheit in den Arbeitern zurückdämmen, sobald aber irgendwelche Differenzen, sei es in Lohn- oder sonstigen Arbeitsfragen auftreten, wird das alte Klassenbewußtsein doch wieder in den Arbeitern wach werden. Man muß sich darüber klar sein, daß sich nicht alle Lohnkämpfe für die Zukunft immer vermeiden lassen. **Damit sie aber nicht überhand nehmen, sei es notwendig, die Arbeitsgemeinschaften noch mehr als seither zu pflegen.** Wir haben es als eine unserer vornehmsten Aufgaben angesehen, in diesem Sinne zu wirken. **Verhandlungen mit Kommunisten müssen jedoch grundsätzlich abgelehnt werden.**

In der Frage der Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften ist notwendig, daß besondere Gesetze geschaffen werden, die die **Abwanderung der Landarbeiter in die Industrie verhindern.** Ferner ist notwendig, daß unbedingt ein engeres Verhältnis mit den Arbeitgebern der Industrie herbeigeführt wird. Wir müssen verlangen, daß kein Arbeitgeber der Industrie irgendeinen Arbeiter, der aus der Landwirtschaft kommt, beschäftigt. Weiter ist notwendig, daß die Beziehungen innerhalb der landwirtschaftlichen Arbeitgeber noch engere werden, um zu verhindern, daß die bei Streiks abwandernden Arbeiter in anderen landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigung finden.

In der Frage der **Deputatwohnungen (Werkwohnungen)** muß mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, **daß bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses auch die Wohnungen geräumt werden. Die** Zwangsbewirtschaftung der Werkwohnungen muß unter allen Umständen fallen.

Die Entlohnung der Arbeiter muß so hoch bemessen sein, daß das Existenzminimum des Landarbeiters gesichert ist, jedoch muß **die Entlohnung unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität des Betriebes** betrachtet werden.

Zu Punkt 4: „Sozialpolitik und Wirtschaft" sprach Geheimrat Dr. von Hippel. Er erklärte: **Die Sozialpolitik hat nur dann eine segensreiche Wirkung für die Gesamtwirtschaft, wenn sie sich in einem bescheidenen Rahmen hält.**

In der Diskussion, die anschließend über alle vier Punkte stattfand, gab zuerst ein Vertreter der Industrie die Erklärung ab, daß die Industriearbeitgeber den aufrichtigen Wunsch haben, ein engeres Verhältnis mit den Arbeitgebern der Landwirtschaft herzustellen. Er schlägt vor, eine Kommission zu wählen, zusammengesetzt von beiden Seiten, die all die Fragen zu prüfen und zu klären hat. Freiherr von Richthofen führt zahlreiche Beispiele an, wo Arbeiter aus der Landwirtschaft kommend in der Industrie Arbeit fanden. Diesem Zustande müsse so rasch als möglich ein Ende gemacht werden. Er führt dann weiter aus: „Heute, da wir doch unter uns sind, muß man endlich aussprechen, was ist. **Absolut notwendig ist der Zusammenschluß der ländlichen mit den industriellen Arbeitgebern. Dieser Zusammenschluß ist nicht nur notwendig, um in Arbeiterfragen etwas zu erreichen, sondern auch wegen des politischen und wirtschaftlichen Machtfaktors, den unzweifelhaft dieser Zusammenschluß darstellt."**

Zu bemerken ist noch, daß nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der bekannte Edler von Braun als Gast sehr ausführlich über die bekannten Aufgaben des „Hilfswerks der deutschen Landwirtschaft" sprach. Ferner erklärte ein **Vertreter des Reichsarbeitsministeriums**, daß er für die Einladung im Namen des Arbeitsministeriums danke, und **daß er sich den Begrüßungsworten des ersten Vorsitzenden vollinhaltlich anschließe.** (Ist wohl Selbstverhöhnung? D. Red.)

*

Das von den Junkern und Großgrundbesitzern den Amsterdamer Arbeitsgemeinschaftspolitikern ausgestellte Zeugnis ist vor jedem ehrlichen Arbeiter geradezu vernichtend für diese Lakaien der Bourgeoisie.

Die landwirtschaftliche Arbeitgebervereinigung Deutschlands, die die Hauptorganisation der **Grünen Internationale** ist, spricht also aus, daß die bestehenden Klassenunterschiede zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten die größte und rücksichtsloseste Machtentfaltung der Ausbeuter zur Niederhaltung der Ausgebeuteten erfordern, und daß gleichzeitig dazu die Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale durch die Arbeitsgemeinschaft herangezogen werden müssen. **Der Front der Ausbeuter und ihrer Lakaien muß das städtische und ländliche Proletariat in einheitlicher und geschlossener Front gegenübertreten.**

*) Dieses Abkommen zwischen Schurig und Schmidt über das Hilfswerk wurde Anfang des Jahres getroffen. Am 20. Juni d. J. schreibt derselbe Sozialdemokrat Georg Schmidt im „Vorwärts" einen Artikel über das „Opfer der Landwirtschaft", wo er das Hilfswerk folgendermaßen charakterisiert: „Um die Umlage zu Fall zu bringen, dazu mußte auch die Propaganda des Hilfswerks dienen, denn nur dann sollte dieses Hilfswerk durchgeführt werden, wenn die absolut freie Wirtschaft durchgeführt ist." Wenn man diese Widersprüche von seiten des Diktators des 600 000 Landarbeiter umfassenden DLV. beachtet, dann ist erklärlich das hochtönende Geschwätz der Sozialdemokraten vom „Kampf gegen den agrarischen Wucher" und das gleichzeitige Nachgeben im Interesse der Großgrundbesitzer in der Umlagefrage.

An die Werktätigen aller Länder!

Der Weltkongreß der Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland, der vom 5. bis 11. Juli in Berlin stattfand, hat einstimmig beschlossen, die Hunger- und Wirtschaftshilfe für Sowjet-Rußland auf breiter Grundlage fortzuführen.

Noch klaffen die Wunden, die die Hungersnot Sowjet-Rußland geschlagen hat, tief und breit. Tausende von verwaisten Kindern brauchen dringend Hilfe, Obdach, Ernährung und Pflege. Die durch die Hungersnot zerstörte Landwirtschaft und Industrie muß aufgebaut werden. Es fehlt an Saatgetreide, Maschinen, Geräten, geschulten Kräften usw.

Alle Verhandlungen mit den kapitalistischen Staaten in Genua und Haag und anderen Orten waren ergebnislos. Die Kapitalisten wollen Rußland nur helfen um den Preis der Kolonisierung Rußlands, um den Preis der Unterbindung der Ansätze sozialistischer Produktion. Arbeiter, Werktätige! Das muß verhindert werden. Durch Euch, durch Eure Hilfe.

Eine Milliarde habt Ihr aufgebracht für die Hungernden, 22 000 Tonnen Lebensmittel und Hilfsmittel geschickt, über 100 000 Menschen dem Hungertode entrissen. Ihr könnt helfen, wenn Ihr wollt! Das Schicksal Sowjet-Rußlands ist Euer Schicksal, sein Sieg Euer Sieg.

Sammelt, sendet für die Wirtschaftshilfe, für den sozialistischen Aufbau der russischen Wirtschaft.

Die internationale Arbeiterhilfe wird demnächst eine Arbeiteranleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Sowjet-Rußlands auflegen. Zahlt heute schon Beiträge darauf ein. Werbt heute schon unter Euren Bekannten und Kollegen. Nützt jede Stunde zur Werbung für die Teilnahme an der Hilfsaktion für Sowjet-Rußland.

Für die Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland:

Das Internationale Exekutivbureau:

Andersen Nexö. F. Misiano. G. Brommert. S. Poyntz. W. Münzenberg.

Einzahlungen auch auf die Anleihe nehmen alle nationalen Arbeiter-Hilfskomitees und die Berliner Zentralleitung entgegen. Zuschriften und Einzahlungen sind an die persönliche Adresse des Generalsekretärs W. Münzenberg, Berlin, Wikinger Ufer 3, zu adressieren.

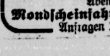
Sprechstunde der Redaktion mittags von 12 bis 1, nachmittags von 4 bis 5 Uhr

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Konrad Finkelmeier; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Jeder neue Anteilschein zur Produktiv-Genossenschaft ist ein Schlag gegen die Reaktion! Das bedenke als Mitglied der KPD.

Wieder eingetroffen!
John Reed:
10 Tage, die die Welt erschütterten.
Preis: brosch. 24,20 Mk., geb. 33,00 Mk.
Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
Abt.: Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
und deren Filialen. F

Arbeiter-Schwimmverein Halle a. d. S.
Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.
Am Sonntag, dem 6. August, nachmittags 3 Uhr, findet im „Florabad", unter Beteiligung auswärtiger Vereine, unser
Schwimmfest 3117
statt. Alle Arbeitersportler und Sportsfreunde sind hierzu eingeladen.
Eintrittspreise betragen: Erwachsene 8 Mk., Kinder 4 Mk.

Denkt an die Rußlandhilfe

Salonschiff „Monika"
(ab Peißnitzbrücke, alte Abfahrtstelle).
Morgen, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
Sonderfahrt nach Neu-Ragoczy.
Abends 8 Uhr: *663
Mondscheinfahrt anschließend dann.
Anfragen Telephon 2293.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao
ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. — Gutachten hervorragender Aerzte stehen unserem Fabrikate zur Seite.
— Ueberall erhältlich! — *546
Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36, Fernspr. 4841.
Georg Gebhardt & Co., Halle a. d. S.

*661
Lästiges **Hautjucken** vollständig nach 8 Tagen verschwund. durch **Herba-Seife**
Obermeyer's Mediz.-... bestätigt Dr. Wüst. Zur Nachbehandl. ist Herba-Creme besonders zu empfehlen.
Zu haben in allen Apoth., Drogerien und Parfüm.

Alte Strickwolle, Lumpen, Alteisen, Metalle, Papier
aller Art kauft 3098
Adolf Beer, Rohprodukte,
Halle a. d. S., Kutschgasse 2, Fernr. 4797.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Für die Elternbeiräte!
Ein Buch, das längst fällig war:
Das Lesebuch der Republik.
Von Oskar Hübner.
Preis 13 Mk.
Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentralbuchhandlung,
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14,
und deren Filialen. F

Zum Tode verurteilt sind Läuse, Wanzen, in ½ Std. unter Garantie Flöhe, Brut, b. Mensch u. Tier m. „Riesolda", ges. gesch. Mitt. 500 M., wo nicht hilft. Verk. Schurig Steinweg 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220804-14/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

34] **Von John Reed**

Alle waren sie gegen sie — Geschäftsleute, Spekulanten, Kapitalisten, Landeigentümer, Offiziere, Politiker, Lehrer, Studenten, Handwerker, Krämer, Bureauangestellte, Agenten. Die anderen sozialistischen Parteien hatten die Bolschewiki mit unversöhnlichem Haß. Auf ihrer Seite waren nur die Massen der Arbeiter, die Matrosen, alle nichtdemoralisierten Soldaten, die landlosen Bauern und einige — sehr wenige — Intellektuelle.

Die Kunde von Kerenskis Niederlage hatte bis zu den entferntesten Gebieten des weiten Rußlands ein ungeheures Echo proletarischer Siegesmeldungen geweckt. Aus Kasan, Saratow, Nowgorod, aus Winnitza, wo die Kämpfe besonders blutig gewesen waren; aus Moskau, wo die Bolschewiki ihre Geschütze gegen die letzte Festung der Bourgeoisie — den Kreml — gerichtet hatten.

„Sie bombardieren den Kreml!" — Mit abergläubischem Entsetzen rief man es einander in den Straßen von Petrograd zu. Reisende aus dem „weißen und schimmernden kleinen Moskau" berichteten Fürchterliches: Tausende ermordet, die Zwerskaja- und die Kuznetzki-Brücke in Flammen, die Basilius-Kathedrale ein rauchender Trümmerhaufen, die Uspenski-Kathedrale im Zusammenbrechen, das Spasskaja-Tor des Kreml vor dem Einsturz, die Duma niedergebrannt.

Nichts, was die Bolschewiki bisher getan, war dieser furchtbaren Lästerung im Herzen des heiligen Rußlands vergleichbar. Die Ohren der Gläubigen hörten förmlich das Krachen der Granaten, wie sie einschlugen in das Antlitz der heiligen orthodoxen Kirche und das Allerheiligste der russischen Nation zu Staub zermalmten.

Am 15. November brach in der Sitzung des Rates der Volkskommissare Lunatscharski, der Kommissar für das Erziehungswesen, in Tränen aus und eilte aus dem Saal, schreiend: „Das halte ich nicht aus! Ich kann diese entsetzliche Vernichtung von soviel Schönheit und Tradition nicht ertragen!"

Am selben Tag knechten die Weißgardisten und Junker im Kreml die Waffen, und ihnen wurde freier Abzug gewährt.

Seit zwei Tagen waren nur die Bolschewiki Herren der Stadt. Die geängstigten Bürger kamen aus ihren Kellern herausgekrochen, um den Tod zu suchen. Aus den Straßen verschwanden die Barrikaden. Trotzdem nahmen die Schauermeldungen über die in Moskau angerichteten Zerstörungen nicht ab, sondern zu. Wir beschlossen daher, nach Moskau zu gehen, um selbst zu sehen, was sich dort abgespielt hatte.

Petrograd hat, wenn auch seit einem Jahrhundert der Sitz der Regierung, nach immer etwas Gekünsteltes und Fremdes an sich. Moskau aber ist das wahre Rußland, wie es war und wie es sein wird; in Moskau würden wir erfahren, wie das russische Volk in Wahrheit zur Revolution steht. Das Leben war dort immer intensiver. Im Verlaufe der letzten Woche hatte das Petrograder Revolutionäre Kriegskomitee mit Hilfe der Massen der Eisenbahner die Kontrolle der Nikolaibahn übernommen und warf jetzt Zug um Zug mit Matrosen und Rotgardisten nach dem Südwesten. Wir hatten vom Smolny ausgestellte Pässe, ohne die niemand die Hauptstadt verlassen durfte. Der Zug war noch nicht ganz eingefahren, als auch schon ein großer Haufe zerlumpter Soldaten, alle mit riesigen Lebensmittelpaketen versehen, die Türen stürmte, die Fenster zerschlug, in alle Abteile eindrang, die Trittbretter besetzte und sogar auf die Dächer kletterte. Wir waren unser drei, denen es gelang sich in ein Abteil zu zwängen; aber mindestens zwanzig Soldaten waren sofort hinter uns. Plätze waren nur für vier Personen da. Wir versuchten, die Soldaten zu überzeugen, schimpften, und der Schaffner gab uns recht. Wir wurden aber nur ausgelacht. Was kümmerte sie das Bequemlichkeitsbedürfnis einer Handvoll „Burjuj" (Bourgeois)! Jetzt zeigten wir unsere Pässe vom Smolny, und sofort änderten die Soldaten ihre Haltung.

„Kameraden", schrie einer, „das sind amerikanische „Towarischtschi" (Genossen)! Sie sind 30 000 Werst weit hierhergekommen, um unsere Revolution zu sehen. Da ist es natürlich, daß sie müde sind."

Unter höflichen und freundlichen Entschuldigungen ließen uns die Soldaten allein. Einige Augenblicke später hörten wir sie ein Abteil aufbrechen, das von zwei unterlegten, gugelleidenden Russen mit Beschlag belegt war, die den Schaffner bestochen und die Abteiltür abgeschlossen hatten.

Gegen sieben Uhr abends fuhr unser Zug endlich aus der Station heraus, nur von einer winzigen, holzfeuernden Lokomotive gezogen, langsam, unter vielen Halten vorwärtskriechend. Die Soldaten auf dem Dache sangen weinerliche Bauernweisen, den Takt dazu mit ihren Blitzern stampfend. Im Korridor des Zuges, in dem ein fürchterliches Gedränge herrschte, so daß man keinen Schritt zu tun vermochte, tobten die ganze Nacht hindurch wütende politische Debatten. Hin und wieder kam ein Schaffner, um — der Gewohnheit getreu — die Fahrkarten zu kontrollieren. Außer den unsrigen fand er nicht viele, und nach einer halben Stunde fruchtlosen Streitens hob er verzweifelt die Arme und verschwand. Die Luft war zum Ersticken, voller Tabaksqualm und entsetzlichem Gestank. Ohne die zerbrochenen Fensterscheiben hätten wir die Nacht kaum überstehen können.

Als wir am nächsten Morgen, reichlich spät, erwachten, hatten wir aus den Fenstern blickend die Ueberraschung einer völlig verschneiten Welt. Es war bitter kalt. Gegen Mittag brachte uns eine Bauerstau einen großen Korb Brotschnitten und eine mächtige Kanne lauwarmen Kaffee-Ersatzes.

Von da an bis zum Abend nichts als der überfüllte Zug, rüttelnd, anhaltend, manchmal eine Station, wo die ausgehungerten Soldaten wütend über das spärlich versorgte Büffett herfielen und es im Handumdrehen leerfegten.

In Moskau fanden wir den Bahnhof verödet. Wir gingen zu dem Bureau des Kommissars, um die Karten für unsere Rückfahrt in Ordnung bringen zu lassen, und trafen einen mürrischblickenden jungen Menschen, der die Achselstücke eines Leutnants trug. Als wir ihm unsere Papiere vom Smolny zeigten, wurde er wütend und erklärte schimpfend, daß er kein Bolschewik sei, sondern das Komitee für die öffentliche Sicherheit repräsentiere. Es war charakteristisch — in der allgemeinen Aufregung des Kampfes um den Besitz der Stadt hatten die Sieger den Hauptbahnhof völlig vergessen.

Die schneebedeckten Straßen im Zentrum der Stadt lagen ruhig. Nur ein paar Bogenlampen brannten, und auf den Bürgersteigen eilten schnellen Schrittes vereinzelte Fußgänger vorüber. Von der Niederung her bließ ein eisiger Wind, der durch Mark und Bein schnitt. Im ersten Hotel betraten wir ein von zwei Kerzen kümmerlich beleuchtetes Bureau.

Im Großen National-Hotel nahm man uns endlich auf. Wir waren Ausländer und das Revolutionäre Kriegskomitee hatte versprochen, die Wohnungen der Ausländer zu schützen. Der Hoteldirektor führte uns umher und zeigte uns eine Anzahl durch Schrappnellschüsse zertrümmerter Fensterscheiben im Dachgeschoß. „Diese Bestien!" sagte er, die Fäuste ballend. „Aber nur Geduld! Ihre Zeit wird kommen! In einigen Tagen wird ihre lächerliche Regierung stürzen, und dann werden wir's ihnen zeigen!"

Wir aßen in einem vegetarischen Restaurant, mit dem verlockenden Namen „Ich esse Niemand" und einem sofort in die Augen fallenden Bilde Tolstois an der Wand. Dann eilten wir hinaus, die Stadt zu sehen.

Der Hauptsitz des Moskauer Sowjets befand sich in dem früheren Palast des Generalgouverneurs, einem imposanten weißen Bau, dessen Front nach dem Skobelew-Platz zu liegt. Vor dem Eingang wachtstehende Rotgardisten. In der oberen Etage des weiten, regelmäßigen Treppenhauses, dessen Wände mit den Ankündigungen von Komitee-Sitzungen und den Aufrufen der politischen Parteien bedeckt waren, passierten wir mehrere vornehme Vorzimmer mit zahllosen jetzt tot verhängten Bildern in vergoldeten Rahmen und gelangten in den prächtigen Staatssalon mit seinen herrlichen Kristallkronleuchtern und goldstrotzender Stuckverzierung. Gedämpftes Sprechen und das surrende Gebrumm einiger zwanzig Nähmaschinen füllte den Saal. Riesige Ballen roter und schwarzer Baumwolle lagen entrollt und schlängelten sich über den Parkettboden und die Tische, an denen ein halbes hundert Frauen saßen, die Fahnen und Banner für das Begräbnis der Revolutionsopfer zuschnitten und nähten. Die Züge der Frauen waren rauh und trugen die Spuren der Kämpfe ihres Proletarierdaseins. Sie arbeiteten mit Feuereifer, mit vom Weinen geröteten Augen. Die Verluste der Roten Armee waren schwer gewesen.

An einem Pult in einer Ecke sahen wir Rogow, einen intelligenten bärtigen Mann mit einer Brille, in der schwarzen Bluse eines Arbeiters. Er lud uns ein, bei der am nächsten Morgen stattfindenden Trauerdemonstration mit dem Zentralexekutivkomitee zu marschieren.

„Den Sozialrevolutionären und Menschewiki etwas beizubringen ist unmöglich! Die können die Kompromißlerei nun einmal nicht lassen! Stellen Sie sich vor, Sie haben uns ein gemeinsames Leichenbegängnis mit den Junkern vorgeschlagen!"

(Fortsetzung folgt.)

Sturmvögel brausen

Sturmvögel brausen durch das Land.
Willkommen, Kameraden!
Schürt eurer Herzen tiefsten Brand
Arbeiter und Soldaten.

Sturmvögel künden uns Gefahr.
Da hilft kein Händefalten.
Da hilft nur eins, die Sinne klar
Und hoch das Haupt gehalten.

Rings lauern Lüge und Verrat.
Fluch allem leeren Reden.
Ein Blitz das Wort, ein Schlag die Tat
Müßt ihr sie niedertreten.

Die Stunde brennt. Ihr seid die Macht,
Die neue Welt gestaltet
Dem Volk, das nach des Wahnsinns Nacht
Zum Licht die Flügel faltet.

Bruno Schoenlank.

Ein Merktag

Am 4. August 1914 verrieten deutsche Arbeiterführer im Reichstag die Sache der proletarischen Internationale und bewilligten dem deutschen Kapital Kriegskredite — nur Einer widerwillig, aus Parteidisziplin: Liebknecht.

Am 4. August 1789 betrog der französische Adel im Bunde mit dem Bürgertum das französische Landproletariat und „berichtete" auf seine „Torrechte". Wie das geschah, berichtet Kropotkin in seinem großen Werk: „Die französische Revolution", wie folgt:

Der 4. August und seine Folgen

Die Nacht des 4. August ist eins der großen Daten der französischen Revolution. Wie der 14. Juli und der 5. Oktober 1789, der 21. Juni 1791, der 10. August 1792 und der 31. Mai 1793 bezeichnet er eine der großen Etappen der revolutionären Bewegung und bekommt ihren Charakter für die nachfolgende Periode.

Die Geschichtslegende hat sich mit Liebe daran gemacht, diese Nacht auszuschmücken, und die meisten Historiker, die dem Bericht nachschreiben, den einige Zeitgenossen von ihr gegeben haben, stellen sie als eine Nacht voller „Begeisterung" und „heiliger Entsagung" dar.

„Mit der Eroberung der Bastille", so sagen diese Historiker, „hatte die Revolution ihren ersten Sieg errungen. Die Nachricht verbreitet sich in der Provinz, und überall ruft sie entsprechende Erhebungen hervor. Sie dringt in die Dörfer, und, angereizt von allen möglichen zweifelhaften Elementen, greifen die Bauern ihre Grundherren an und brennen die Schlösser nieder. Nun werden der Klerus und der Adel von patriotischem Feuer ergriffen, sie sehen, daß sie noch nichts für die Bauern getan haben und verzichten in dieser denkwürdigen Nacht auf ihre Feudalrechte. Die Adligen, der Klerus, die ärmsten Geistlichen und die reichsten Feudalherren, die Städte, die Provinzen, alle wollen ihre jahrhundertalten Vorrechte auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Begeisterung reißt die Versammlung hin, alle eilen, ihr Opfer zu bringen. „Die Sitzung war eine heilige Feier, die Tribüne ein Altar, der Beratungssaal ein Tempel", sagt einer der Historiker, wie im allgemeinen ziemlich ruhig ist. „Es war eine Bartholomäusnacht für das Eigentum", sagen die anderen. Und als der erste Schimmer Frankreich die Sonne des kommenden Tages verkündete, — hatte das alte Feudalsystem aufgehört zu existieren. Frankreich war ein gerettetes Land, das ein Autodafé aus allen Mißbräuchen seiner privilegierten Klassen veranstaltet hatte."

Nun, das ist Legende. Es ist wahr, neue Begeisterung ergriffe die Versammlung, als zwei Adlige, der Vicomte von Noailles und der Herzog von Aiguillon die Abschaffung der Feudalrechte und ebenso der verschiedenen Privilegien des Adels verlangten und als zwei Bischöfe (der von Nancy und der von Chartres) sprachen, um die Abschaffung der Zehnten zu verlangen. Es ist wahr, die Begeisterung wurde immer stärker, und im Verlauf dieser Nachtsitzung folgten einander die Adligen und die Geistlichen auf der Tribüne und machten sie einander streitig, um auf ihre herrschaftliche Gerichtsbarkeit zu verzichten; man hörte von Privilegierten freie, unentgeltliche und gleiche Rechtspflege für alle verlangen; man sah weltliche und geistliche Territorialherren, die ihre Jagdrechte aufgaben ... Die Versammlung war hingerissen in Begeisterung ... **Und in dieser Begeisterung beachtete man die Klausel nicht, die die beiden Adligen und die zwei Bischöfe in ihre Rede eingeflochten hatten, die Klausel, die von der Ablösung der Feudalrechte und der Zehnten sprach. Das war eine furchtbare Klausel, gerade durch ihre Unbestimmtheit,** denn sie konnte alles oder nichts bedeuten, und sie schob, wir werden es sehen, die Abschaffung der Feudalrechte vier Jahre hinaus — bis in den August 1793. Aber wer unter uns ist beim Lesen des schönen Berichts, den die Zeitgenossen von dieser Nacht gegeben haben, wer ist nicht ebenfalls von Begeisterung ergriffen worden? Und wer hat nicht über diese verräterischen Worte „Ablösung zum dreißigfachen Jahresertrag (rachat au denier 30)" hinweggelesen, ohne ihre furchtbare Tragweite zu verstehen? Und das nämliche geschah in Frankreich im Jahre 1789.

Und vor allem, die Abendsitzung vom 4. August begann mit der Panik und nicht mit der Begeisterung. Wir haben es gesehen, daß eine Menge Schlösser im Verlauf der letzten vierzehn Tage niedergebrannt oder ausgeplündert worden waren. Die Bauernerhebung, die im Osten angefangen hatte, dehnte sich nach dem Süden, dem Norden und dem Zentrum aus: sie drohte allgemein zu werden. An manchen Orten waren die Bauern gegen ihre Herren in wilder Wut vorgegangen, und die Nachrichten aus den Provinzen übertrieben die Ereignisse. Die Adligen merkten mit Entsetzen, daß es an Ort und Stelle keine Gewalt gab, die imstande war, den Aufruhrbewegungen Einhalt zu tun.

Die Sitzung wurde also mit der Verlesung eines Vorschlags eröffnet, der eine Erklärung gegen diese Aufstände verlangte. Die Versammlung wurde aufgefordert, gegen die Aufständigen einen energischen Tadel auszusprechen und die Achtung vor dem Eigentum laut zu betonen, ob es feudal sei oder nicht, gleichviel überhaupt, wie es entstanden sei, bis die Versammlung den Gegenstand gesetzlich regeln würde.

„Es scheint, daß das Eigentum und die Besitzungen, gleichviel welcher Art, die Beute der verruchtesten Räuberei sind", sagt der berichterstattende Ausschuß. „Ueberall sind die Schlösser niedergebrannt, die Klöster zerstört worden, die Pachtgüter der Plünderung preisgegeben. Die Steuern, die herrschaftlichen Abgaben, alles wird vernichtet. Die Gesetze sind machtlos, die Behörden ohne Autorität . . ." Und der Bericht verlangt, die Versammlung solle die Unruhen streng tadeln und erklärt, „daß die alten Gesetze (die Feudalgesetze) in Kraft sind, bis die öffentliche Gewalt der Nation sie abgeschafft oder geändert hat; daß alle vom Gewohnheitsrecht geschaffenen Abgaben oder Leistungen, wie von alters her, erfüllt werden müssen, bis es von der Versammlung anders geordnet wird".

„Das sind keine Räuber, die das tun!" ruft der Herzog von Aiguillon; „in mehreren Provinzen hat das ganze Volk einen Bund zur Zerstörung der Schlösser und zur Verwüstung der Ländereien gebildet, und vor allem wollen sie sich der Archive bemächtigen, wo die Urkunden der Feudalrechte und Besitzungen in Verwahrung sind." Hier spricht gewiß nicht die Begeisterung: eher die Furcht.

Die Versammlung sollte demnach den König bitten, strenge Maßregeln gegen die rebellischen Bauern zu ergreifen. Es war schon am Tag vorher, am 3. August, davon die Rede gewesen. Aber seit einigen Tagen hatten sich eine Anzahl Adlige, die etwas vorgeschrittenere Ideen hatten als die übrigen ihrer Klasse und die ein klares Verständnis für die Ereignisse hatten — der Vicomte von Noailles, der Herzog von Aiguillon, der Herzog de La Rochefoucauld, Alexander von Lameth und einige andere —, schon im geheimen über die Haltung gegenüber der Jacquerie verständigt. Sie hatten eingesehen, daß das einzige Mittel zur Rettung der Feudalrechte darin bestand, die Ehrenrechte und die Vorrechte von geringem Wert zu opfern und die Ablösung der Feudallasten, die auf dem Grund und Boden lasteten und einen reelleren Wert hatten, durch die Bauern zu fordern. Sie beauftragten den Herzog von Aiguillon, diese Gedanken vorzutragen. Und so taten das der Vicomte von Noailles und der Herzog von Aiguillon.

Seit dem Anfang der Revolution hatten die Landbewohner die Abschaffung der Feudalrechte verlangt. Jetzt, sagten die zwei Wortführer des liberalen Adels, hatten sich die Bauern voller Unzufriedenheit darüber, daß drei Monate lang nichts für sie geschehen war, empört; sie waren nicht mehr zu zügeln, und es galt in diesem Augenblick, „zwischen der Vernichtung der Gesellschaft und einigen Zugeständnissen" zu wählen. Diese Zugeständnisse formulierte der Vicomte von Noailles folgendermaßen: die Gleichheit aller Personen vor der Steuer, die im Verhältnis des Einkommens gezahlt werden sollte; alle öffentlichen Lasten sollten von allen getragen werden; „alle Feudalrechte von den (ländlichen) Gemeinden" gemäß dem Durchschnitt des Jahreseinkommens abgelöst werden, und endlich „die Abschaffung der herrschaftlichen Fronden, der toten Hand und anderer persönlicher Servituten ohne Entschädigung".

Man muß auch hinzufügen, daß seit einiger Zeit die persönlichen Servituten von den Bauern nicht mehr gezahlt worden waren. Man hat zum Zeugnis dafür unzweifelhafte Erklärungen der Intendanten. Nach der Empörung vom Juli war es klar, daß sie überhaupt nicht mehr gezahlt werden würden — ob die Herren darauf verzichtet hatten oder nicht.

Nun, diese Zugeständnisse, wie sie der Vicomte von Noailles vorgeschlagen hatte, wurden noch eingeschränkt, von den Adligen wie von den Bürgerlichen, von denen sehr viele Grundbesitz hatten, der Feudalansprüche mit sich brachte. Der Herzog von Aiguillon, der Noailles auf der Tribüne folgte, und den die oben genannten Adligen als ihren Wortführer erwählt hatten, sprach mit Sympathie von den Bauern: er entschuldigte ihren Aufstand; aber warum? Um hinzuzusetzen: „Der barbarische Rest Feudalgesetze, die noch in Frankreich in Kraft sind, stellt, man kann es sich nicht verhehlen, ein Eigentum vor, und alles Eigentum ist heilig. Die Billigkeit verbietet, von jemandem den Verzicht auf ein Eigentum zu verlangen, ohne dem Eigentümer eine angemessene Entschädigung zu gewähren." Aus diesem Grunde milderte der Herzog von Aiguillon die Wendung Noailles' hinsichtlich der Steuern und sagte, alle Bürger müßten sie „ihrem Vermögen entsprechend" tragen. Und in betreff der Feudallasten verlangte er, daß all diese Lasten — die persönlichen ebenso wie die andern — von den Vasallen, „wenn sie es wünschten", zum dreißigfachen Ertrag abgelöst würden, das heißt, der Betrag der Abgabe, wie sie jetzt jährlich bezahlt wurde, sollte verdreißigfacht werden! Das hieß die Ablösung illusorisch machen, denn für Grundrenten ist eine 25fache Ablösung schon sehr drückend und im Handel kapitalisiert sich eine Grundrente gewöhnlich 20fach oder auch nur 17fach.

Diese beiden Reden nun wurden von den Herren des dritten Standes mit Begeisterung aufgenommen, und sie sind als Akte erhabener Entsagung von seiten des Adels zur Nachwelt übergegangen, während in Wirklichkeit die Nationalversammlung, die dem Programm, das der Herzog von Aiguillon entworfen hatte, folgte, damit gerade die Grundlage zu den schrecklichen Kämpfen schuf, die späterhin die Revolution so blutig machten. Die paar Bauern, die es in dieser Versammlung gab, traten nicht auf, um den geringen Wert der „Verzichte" der Adligen zu zeigen, und die Masse der Abgeordneten des dritten Standes, die zum größten Teil Städter waren, hatten nur eine sehr unbestimmte Vorstellung, was es mit den Feudallasten auf sich hatte und ebenso über die Stärke des Bauernaufstandes. Ihnen kam der Verzicht auf die Feudalrechte, selbst unter der Bedingung der Ablösung schon wie ein erhabenes Opfer vor, das der Revolution gebracht wurde.

Parabel

Einer ging an den See des Lebens, um nach Menschen zu fischen; aber er fing nichts. Da kam ein Unbekannter und sagte „Wenn du Menschen fischen willst, so mußt du dein Herz an die Angel stecken, dann beißen sie an!" Jener folgte dem Rat, und sogleich schnappten die unten nach dem Köder, rissen ihn von der Angel und fuhren damit in die Tiefe. Da wurde der Fischer betrübt. Allein bald wurde es ihm so leicht zumute, daß er auf die wilde See hinausfuhr und die Menschenfische zu Tausenden mit dem Netze fing, und er war nun ihr Herr und schlug sie auf die Köpfe. Und der ihm diesen Rat gegeben hatte, war der Teufel.

Gottfried Keller.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220804-14/fragment/page=0008